Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 142. **Halle, Montag den 24. Juni 1918.** **2. Jahrgang.**

Friedensnarrungen.

Im nächsten Monate wird es ein Jahr, seit der Reichstag die Friedensresolution angenommen hat. Es war am 19. Juli. Wenige Tage vorher war Bethmann-Hollweg durch Dr. Michaelis als Reichskanzler ersetzt worden. Als Dr. Michaelis Mitte September in Stuttgart seinen Antrittsbesuch machte, sagte er zu Leuten, die ihn begrüßten, er hoffe auf Frieden noch vor Weihnachten. Die deutsche Börse schien diese Hoffnung zu rechtfertigen, denn nicht nur die Papiere der Kriegsindustrien, sondern fast aller Industriezweige, die während des Krieges Ausnahmegewinne erzielen, gingen erheblich zurück. Indes die Hoffnung hat getrogen, wie sie im weiteren Verlaufe des Krieges immer wieder die Völker narrte. Nach dem Reichskanzler der hundert Tage kam Graf Hertling mit Herrn v. Payer; in Preußen machte das reaktionäre und wahlrechtsfeindliche Ministerium einem andern mit dem Nationalliberalen Dr. Friedberg als Vizepräsidenten des Staatsministeriums Platz. Damit sollte von deutscher Seite der Friedensgedanke eine neue Stütze erhalten. Die nicht nur bei uns, sondern auch von den Völkern der Ententestaaten allgemein genährte Hoffnung, daß der friedenssehnsüchtigen Welt ein vierter Kriegswinter erspart bleiben möchte, zerrann mit den Ereignissen immer mehr in nichts. Nun haben wir diesen vierten Kriegswinter, den wir so sehr fürchteten, lange hinter uns. Rußland und Rumänien sind längst aus den Reihen der Kämpfenden ausgeschieden. Im Westen wütet seit drei Monaten ununterbrochener Kampf, der den feindlichen Staaten empfindliche Schläge gebracht hat, so daß man selbst in den regierenden Kreisen der Ententestaaten die Meinung ausgesprochen hat, es gehe jetzt um die Entscheidung, die noch im Herbste fallen dürfte. Auch im deutschen Hauptquartier scheint man damit zu rechnen, daß die jetzige Offensive die Entscheidung herbeiführen und damit endlich den heißersehnten Frieden bringen werde. Damit will indessen die schon vor einiger Zeit zu uns gelangte Meldung gar nicht stimmen, daß im feindlichen Kriegsrate bereits die Vorbereitungen für den fünften Kriegswinter getroffen würden. Da muß man allerdings alle Friedensnachrichten im vorhinein mit einer starken Gabe Mißtrauen aufnehmen.

Wie kommt es denn nun eigentlich, daß uns der Frieden immer noch geflohen hat, obwohl trotz eines vierjährigen Ringens und trotz der Niederlage Rußlands der blutige Waffengang im Westen bisher ohne entscheidende Wendung geblieben ist?

Die Mittelmächte haben ununterbrochen ihren Willen zum Frieden kundgegeben. Am 12. Dezember 1916 trat Bethmann-Hollweg unter ausdrücklicher Zustimmung Oesterreichs mit dem Friedensangebot hervor, das bei uns allgemeine Zustimmung und die Hoffnung auslöste, daß nach diesem Angebote die Entente nicht mehr werde ausweichen können. Und doch lehnten die feindlichen Regierungen mit einer Handbewegung ab. Als dann der Papst im Sommer 1917 mit seinem Friedensvermittelungsversuche hervortrat, fand er wiederum bei den Völkern der Mittelmächte hoffnungsfreudige Zustimmung. Die Regierung des Deutschen Reiches antwortete wiederum in Uebereinstimmung mit der Regierung Oesterreich-Ungarns zustimmend und ganz im Sonne der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917. Die feindlichen Staaten aber hatten abermals nichts weiter als Ablehnung. Und wieder wurde von den Mittelmächten ein deutlicher Beweis ihres Friedenswillens gegeben, als die russische Bolschewiki-Regierung ihre Aufforderung zum Frieden „an alle“ ergehen ließ. Umgehend meldeten die deutsche und österreichische Regierung der roten Bolschewisten-Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Frieden. Abermals war tiefes Schweigen die einzige Antwort, die von den feindlichen Westmächten einging. Und ohne Zögern gingen die Regierungen der Mittelmächte auf das Verlangen einer zehntägigen Frist ein, um den Ententeregierungen den Anschluß an die Friedensverhandlungen zu ermöglichen, damit der Welt endlich der allgemeine Frieden wiedergegeben werde. Dieselbe Antwort, wie vorher — eisiges Schweigen. Damit ist bewiesen, daß die feindlichen Regierungen den Frieden nicht wollen.

Freilich, wenn man sich die Dinge genau besieht, dürfen die feindlichen Regierungen auch den Frieden nicht wollen. Sie sind in den Krieg gezogen, um ihr gemeinsames Raubprogramm durchzuführen. Das Einlassen auf Friedensverhandlungen würde für sie den Verzicht auf die Kriegsziele bedeuten, um derentwillen sie den Weltkrieg entfesselt und nun schon volle vier Jahre genährt und geschürt haben. Deshalb wird uns auch erst die greifbare Hoffnung auf Frieden winken, wenn die feindlichen Regierungen anderen Regierungen Platz gemacht werden, die nicht bloß eine Personenänderung, sondern eine volle Richtungänderung bedeuten. In Frankreich spricht man seit einiger Zeit wieder von der erschütterten Stellung Clemenceaus. Als vor Wochen die Stellung Clemenceaus zu wackeln anfing, ließ Lloyd George erklären, daß er sich mit Clemenceau solidarisch fühle und ebenfalls zurücktreten werde, wenn Clemenceau dem Drucke der Verhältnisse weichen müsse. Und Mr. Wilson ließ gar über das Meer herüber erklären, daß es ohne Clemenceau keine Schiffe und Soldaten gäbe. Solche Solidaritätskundgebungen werden freilich den Sturz Clemenceaus nicht aufhalten können, wenn das „Vertrauen“ zu ihm erschüttert ist. Wenn ihm aber Männer wie Briand und Barthou folgen, wird an dem Kriegswillen der Entente kaum viel geändert sein, so daß Lloyd George und Wilson keinen Grund hätten, ihre Solidaritätsdrohungen wahrzumachen.

Unter solchen Umständen hatten die Sozialisten der Mittelmächte und der neutralen Länder allen Anlaß, dem in den nächsten Tagen stattfindenden Kongreß der englischen Labour Party mit neuer Hoffnung entgegenzusehen, da die Leiter dieser Organisation hatten laut werden lassen, daß sie der Regierung Lloyd Georges den Burgfrieden zu kündigen entschlossen seien und von der Regierung eine Bekanntgabe ihrer Kriegsziele verlangen würden. Um so mehr durften wir unsere Hoffnung auf diesen Kongreß setzen, als neben Branting auch Troelstra, der Vorsitzende des internationalen Komitees, zu dem Kongresse geladen war. Indessen Lloyd George hat Troelstra die Fahrt nach England untersagt, offenbar weil Troelstra unmittelbar vor seiner Ueberfahrt mit deutschen und österreichischen Sozialdemokraten über eine internationale Konferenz zur Herbeiführung des Friedens verhandelt hatte. So sind wir durch den Kriegsfanatiker Lloyd George abermals um die Hoffnung genarrt worden, daß durch eine Aussprache der Sozialisten der kriegführenden Länder eine entscheidende Einwirkung auf die feindlichen Regierungen im Sinne einer Beteiligung an Friedensverhandlungen ermöglicht werden könnte. Die feindlichen Regierungen wollen eben keinen Frieden, weil sie ihn nicht wollen dürfen. Daher stehen wir auch dem neuesten Vermittelungsversuch der niederländischen Abgeordneten Dr. Dresselhuys, Dr. Koolen und Dr. Rutgers sehr skeptisch gegenüber. Und deshalb bleibt noch die einzige reale Hoffnung, daß es den verbündeten Waffen recht bald gelingen möchte, unsere Feinde zur Vernunft zu bringen. (§)

Zur Ernährungsfrage.

Im preußischen Abgeordnetenhause machte Genosse Braun zu diesem Kapitel folgende Ausführungen:

Der Abgeordnete Hoesch hat gestern die Ernährungsfragen eingehend besprochen. Es ist keine angenehme Aufgabe, über diese Frage hier jedes halbe oder Vierteljahr zu sprechen. Auch der Abgordnete Hoesch hat nur Wiederholungen gebracht, die aus vielen Klagen der landwirtschaftlichen Kreise bestehen und die berechtigten Beschwerden der Konsumenten fast vollständig übersehen. Das einzig Positive war das Verlangen nach höheren Lebensmittelpreisen. Die Entwicklung unserer Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit stellt sich uns in zwei Kurven dar: **die aufsteigende Kurve wird durch die Preisentwicklung gegeben, die stetig fallende durch die Menge der für die Volksernährung vorhandenen Lebensmitteln.** Wir haben **eine Volksunterernährung in der bedrohlichsten Form,** die die Arbeitskräfte unseres Volkes auf das Schlimmste untergräbt und eine ungeheure Gefahr für unsere heranwachsende Generation bedeutet. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Hoesch meinte, trotz aller Verordnungen und Maßnahmen sei der Ertrag der Landwirtschaft zurückgegangen. Wenn der Abg. Hoesch diesen Rückgang auf die Menge der Verordnungen und behördlichen Maßnahmen zurückführt, so muß ich doch sagen nicht wegen, sondern trotz dieser geht der Ertrag zurück. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gesagt worden, der Anbauzwang sei der Tod der Landwirtschaft. Wenn das der Fall wäre, würde es sehr wenig verständlich sein, weshalb man in der Ukraine durch Verordnung der deutschen Behörden den Anbauzwang eingeführt hat. Dort wollte man doch die Erzeugung sicherstellen. Nach Beendigung des Krieges werden alle Länder so erschöpft sein, daß sie an Deutschland nichts mehr hergeben können. Es kommt daher darauf an, durch sachgemäße Taten die Lebensmittelerzeugung im Inlande sicher zu stellen. Wir haben für die Kartoffel einen fast dreifachen Friedenspreis als Erzeugerpreis. Das sollte ausreichend sein. Ich glaube nicht, daß durch weitere Preissteigerung eine Vermehrung der Anbaufläche der Kartoffeln zu erzielen ist.

Der neue Vorschlag unseres Präsidenten über die Bewirtschaftung der diesjährigen Kartoffelernte bringt wiederum eine Erhöhung des Preises auf durchschnittlich 6 M. pro Zentner. Auch sein Verteilungssystem, so verführerisch es auf den ersten Blick erscheint, dürfte in der Durchführung nach unseren bisherigen Erfahrungen versagen. Seine Annahme wäre der Anfang der Verwirklichung des Antrages Rösicke, der ja nicht nur für die Kartoffeln, sondern auch für Getreide und sonstige wichtige Lebensmittel denselben Weg will: erst das Quantum für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu einem bestimmten Preise sicherstellen und dann den Rest den Landwirten zur freien Verfügung überlassen. Dieselben Bedenken, die gegen den Antrag Rösicke sprechen, und die ja auch in den zuständigen Reichsinstanzen zu seiner Ablehnung geführt haben, sprechen auch gegen den Vorschlag des Grafen Schwerin. Es ist doch in diesem Jahre trotz der guten Ernte nicht möglich gewesen, die 7-Pfund-Ration pro Kopf den Konsumenten bis zur neuen Ernte sicherstellen zu können. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die 9 Pfund, die Graf Schwerin als Wochenration vorsieht, tatsächlich geliefert werden können. Die Kommunalverbände würden in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres nicht in der Lage sein ihre Verpflichtungen zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. So konnte in Bremerhaven und Bremervörde die Bevölkerung im Mai und April d. J. vom Kommunalverband keine Kartoffeln erhalten, weil der lieferungspflichtige Verband ihm nichts hergab. Die Leute gingen dann selbst hinaus in den Kreis und haben von den Landwirten sich Kartoffeln, allerdings zu einem doppelt und dreifach höheren Preise, verschafft. Auf dem Bahnhofe in Bremervörde wurden ihnen die Kartoffeln abgenommen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und es erhielt jeder ein Strafmandat, so hoch, daß jedes abgenommene Pfund Kartoffeln mit 1 M. Strafe belegt wurde. Wer nicht zahlen konnte, sollte für je 3 Pfund einen Tag ins Gefängnis gehen. Es handelte sich zum großen Teil um Kriegerfrauen, die ihre Kinder nicht hungern lassen wollten und zur Selbsthilfe griffen. 20 Kriegerfrauen reichten ein Gnadengesuch ein; dieses wurde abgelehnt. Dagegen konnte man gestern in den Zeitungen lesen, daß z. B. ein Graf von Schwerin, von Beruf stellvertretender Landrat ungehindert mit seinen eingehamsterten Lebensmitteln von dannen ziehen darf. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In weitesten Kreisen der Bevölkerung herrscht über diese ungerechte Regelung unserer Volksernährung große Erbitterung.

Der Abgeordnete Hoesch hat dann wieder verlangt, die Preise müßten den gestiegenen Produktionskosten entsprechen, er hat dann auch seine Genugtuung über die Erhöhung der Getreidepreise ausgesprochen, die wiederum eine Milliarde Mark mehr aus den Taschen der Bevölkerung, zum Teil auch aus Mitteln des Staates in die Taschen der Getreideanbauer führt. Unter Anrechnung der außerordentlich erhöhten Frühdruschprämie wird der Getreidepreis durch diese neue Erhöhung auf über 100 Prozent des Friedenspreises gesteigert. Hierfür gibt es keine hinreichende Begründung. Die Erhöhung des Preises für ein Produkt zieht naturnotwendig bei den Interessenten sofort das Verlangen nach Erhöhung der Preise anderer Produkte nach sich. Sobald die Schraube an einem Stück angezogen ist, wird sie sofort auch am andern Ende weitergedreht. Das haben wir bei den Schweinepreisen gesehen. Diese stückweise Preisregulierung ist der größte Fehler unserer ganzen Kriegswirtschaft. Unsere ganze Preisregulierung entbehrt der Systematik, die wir von Anbeginn verlangt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Erhöhung des Brotpreises und die Herabsetzung der Brotration wären vermeidbar gewesen, wenn man rechtzeitig die Preise für andre landwirtschaftliche Produkte, die den Körnerbau zu verdrängen drohten, herabgesetzt, und wenn man insbesondere die Getreideernte durchgreifend erfaßt und den Konsumenten zugeführt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zwangsrationierung muß aufrecht erhalten werden; ihre Notwendigkeit geht daraus hervor, daß auch die andern kriegführenden Länder sie einführen. In Oesterreich ist man leider zu spät damit vorgegangen. Wir haben volle Sympathie und brüderliches Solidaritätsgefühl mit der Wiener Arbeiterschaft, aber gleichwohl möchte ich offen aussprechen, daß wir unserer Bevölkerung nicht zumuten können, nur um die Folgen der österreichischen Schlamperei und ungarischen Selbstsucht von der Wiener Arbeiterschaft abzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen würde ich mich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß auch nur ein Pfund Mehl jetzt nach Oesterreich abgegeben wird. (Sehr richtig! links und rechts.) Wenn man es dort vier Jahre lang nicht für nötig gehalten hat, eine vernünftige Rationierung und Zwangswirtschaft einzuführen, wenn man insbesondere noch in Ungarn das weiße Brot der Friedenszeiten ißt, wogegen wir bittersten Mangel leiden, dann kann man nicht in der kritischen Zeit, wo unsere Bevölkerung kaum das genügende Brot und die genügenden Kartoffeln hat, von uns verlangen, Lebensmittel auszuführen, um die Folgen der dortigen Schlamperei und Mißwirtschaft zu beseitigen. (Sehr richtig!) Dort wird bewiesen, wohin man kommt, wenn die Zwangsrationierung fehlt.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Reichstage.

Im Reichstag wurde am Sonnabend der Etat des Pensionsfonds durchberaten, womit eine Aussprache über Kriegsbeschädigtenfürsorge verbunden war. General von Langermann betonte die Dankespflicht der Nation gegenüber den Beschädigten und Hinterbliebenen. Auch sah er die Notwendigkeit eines Teuerungsaufschlags zu den jetzigen Unterstützungssätzen ein, der allerdings erst vom 1. Juli 1918 ab laufen soll. Abg. Giesberts fand, „im ganzen könnten wir die Kriegsbeschädigtenfürsorge als ein Ruhmesblatt für Deutschland ansehen“. Das muß aber zum mindesten mit Reserve aufgenommen werden. Genosse Bauer verfehlte denn auch nicht, bei aller Anerkennung des Geleisteten und des guten Willens die Mängel der Fürsorge im einzelnen aufzuweisen. Vor allem darf der Unterstützung nicht das Odium des Almosens anhaften, auch muß die Feststellung der Ansprüche auf einwandfreier Grundlage erfolgen. Die jetzigen Unterstützungssätze sind unhaltbar; das Reich darf sich nicht auf private Initiative verlassen. Ferner forderte Genosse Bauer gesetzliche Grundlagen für einen Zwang gegen die Unternehmer, Kriegsbeschädigte in ihren Betrieben aufzunehmen; mit dem Appell an die soziale Einsicht kommt man nicht weit. Zum Schluß protestierte Bauer noch gegen die ungleichmäßige Behandlung der Kriegsbeschädigten-Organisationen, die Erbitterung erzeugen muß.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Meyer-Herford (Natl.), v. Winterfeldt (Kons.), Sivkovicz (Vpt.) und Behrens (D. F.), die ihre Genugtuung über eine Besserung der Lage der Kriegsbeschädigten und ihrer Angehörigen aussprachen, gab General v. Langermann noch einige Aufklärungen über strittige Punkte. Als letzter Redner sprach der Unabhängige Ryssell, der das Gesetz als ein unzureichendes Palliativmittelchen ablehnen zu müssen glaubte. Der Etat wurde angenommen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichskanzler wird die Montagssitzung des Reichstags, die den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung hat, mit einer Rede einleiten. Am gleichen Tage beginnt der Hauptausschuß die Verhandlungen über den Frieden mit Rumänien. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen im Hauptausschuß sowie die Debatten im Plenum, die sich an den Etat des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers knüpfen werden, wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß der Reichstag seine Sommerferien nicht, wie beabsichtigt, am 6. Juli beginnen könne, sondern bis gegen Mitte Juli beisammen bleiben werde. Dies sei um so wahrscheinlicher, als dem Reichstage in der laufenden Tagung voraussichtlich noch ein Antrag auf einen neuen Kriegskredit zugehen werde, der kaum weniger fordern werde als die letzte Kreditvorlage, die sich bekanntlich auf 15 Milliarden bezifferte. Würde sich dies bewahrheiten, so würde dann die gesamte Kriegsschuld des Deutschen Reiches 139 Milliarden Mark betragen. Schließlich soll dem Reichstage auch noch ein Antrag auf eine Verlängerung der Legislaturperiode auf ein weiteres Jahr zugehen. Bekanntlich wäre unter normalen Umständen die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstags schon im Januar dieses Jahres abgelaufen gewesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0001

Reichstag.

178. Sitzung, Sonnabend, den 22. Juni 1918, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats des allgemeinen Pensionsfonds, die nach den Beschlüssen des Aeltestenrats mit einer allgemeinen Aussprache über alle Fragen der

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

verbunden wird. Gleichfalls mitberaten werden die beiden Vorlagen auf Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes (für Teilnehmer an früheren Kriegen), sowie eine Ausdehnung des bereits beschlossenen Kapitalabfindungsgesetzes auf Offiziere.

General von Langermann

empfiehlt die beiden Vorlagen wärmstens zur Annahme. Aus der Dankespflicht des deutschen Volkes für die im Kriege Beschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, sowie aus Rücksichten auf eine gesunde Wohnungspolitik ist das Gesetz vom 3. Juli 1916 entstanden. Wenn die großen Erwartungen, die damals an das Gesetz geknüpft worden sind, sich nur zum Teil erfüllt haben, so ist dies lediglich durch die Verhältnisse des Krieges bedingt worden. Das Bauverbot, der Mangel an Handwerkern und Baustoffen und die dadurch hervorgerufene Teuerung haben jede Bautätigkeit nahezu vollständig lahmgelegt. Das Gesetz hat aber dessenungeachtet einen großen Anklang gefunden. Aus den Reihen der Teilnehmer an früheren Kriegen sind nun viele Bitten an uns herangetreten, sie doch auch zu berücksichtigen. Der vorliegende Gesetzentwurf trägt diesen Wünschen Rechnung. Allerdings werden die Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870 nur in Ausnahmefällen davon Gebrauch machen können, weil sie älter als 53 Jahre sind. Es wird aber bei der Prüfung solcher Gesuche besonders wohlwollend verfahren werden.

Die Offiziere genau so abzufinden wie die Mannschaften, ist nicht möglich, weil das Mannschaftsversorgungsgesetz und das Offizierpensionsgesetz auf ganz verschiedenen Grundlagen ruhen, und weil die Gefahr, sein Kapital zu verlieren, für den Offizier größer ist als für den Mann. Der Entwurf steht daher von einer Abfindung auf Lebenszeit für Offiziere ab und nimmt für die Kapitalbeschaffung einen zehnjährigen Zeitraum an.

Die Beratungen über die Novellen zum Offizierpensionsgesetz, zum Mannschaftsversorgungsgesetz und Militärinvalidengesetz, die zwischen den zuständigen Stellen stattfinden, sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Die Militärverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß

für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen

im Hinblick auf die zurzeit bestehende Teuerung unabhängig vom Zeitpunkt der Fertigstellung und der Einbringung der Novellen alsbald etwas geschehen muß. Es besteht daher die Absicht, vom 1. Juli ab zu veranlassen, daß die pensionierten im Kriege wieder verwendeten Offiziere, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, und die nach den bestehenden Gesetzen nach ihrem Rücktritt in das Pensionsverhältnis zurückkehren, dadurch finanziell aufgebessert werden, daß sie Zuschläge erhalten, durch die sie besser gestellt werden, als wenn sie ihrem Range entsprechend pensioniert worden wären. Ueber die Höhe und den Umfang dieser Zuschläge kann ich noch nichts sagen.

Abg. Giesberts (Z.):

Ich begrüße die Erweiterung des Kapitalabfindungsgesetzes. Bei der Gewährung der Renten an Kriegsbeschädigte sollte jede Verzögerung der Auszahlung vermieden werden. Im ganzen können wir die Kriegsbeschädigtenfürsorge als ein Ruhmesblatt für Deutschland ansehen. Das zeigt auch der schöne Erfolg der Ludendorffspende. Es muß aber bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge der soziale Standpunkt scharf hervorgehoben werden, es muß deutlich zum Bewußtsein kommen, daß es sich nicht um Armenpflege handelt. Deshalb müssen die Renten dem Familienstand und dem Berufseinkommen der Kriegsbeschädigten angepaßt werden. Ganz besonders wichtig ist die Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten; ein Unternehmer, der Kriegsbeschädigten die Arbeit verweigert, obwohl er Arbeit hat, versündigt sich an unserer Nation. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Vereine der Kriegsbeschädigten können zur Durchführung sozialer Aufgaben viel beitragen, wenn sie sich von parteipolitischen Bestrebungen fern halten. Die Kriegervereine haben sich sehr spät hierauf besonnen und den ominösen Paragraphen beseitigt, daß Sozialdemokraten nicht Mitglieder sein dürfen. Hoffentlich verfallen sie nicht wieder in den früheren Fehler. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bauer (Soz.):

Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind durchaus zweckmäßig; an der besseren Ausgestaltung der Einzelheiten werden wir in der Kommission mitarbeiten. Die Aenderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes, die General Langermann versprochen hat, ist bereits sehr dringend. Als sie zu Anfang des Krieges bis nach Kriegsende verschoben wurde, konnte niemand die Dauer des Krieges vorhersehen, und auch jetzt kann noch niemand wissen, wann er enden wird. Deshalb muß sofort an diese Revision herangegangen werden. Zunächst handelt es sich da um die Höhe der Renten, für die ja nur das Friedenseinkommen maßgebend ist. Auch das Sinken des Geldwertes hat die Renten ganz unzulänglich gemacht. Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat auch

für die Kriegsbeschädigten Teuerungszulagen

verlangt. Die Kriegsbeschädigten und die Kriegerwitwen sind in der Tat die einzigen, die keine Teuerungszulagen erhalten haben, obwohl wir doch für sie in erster Linie zu sorgen verpflichtet sind. Die Art unserer Fürsorge kann ich keineswegs wie der Vorredner als ein Ruhmesblatt betrachten; in diesem Punkt liegt vielmehr eine große Unterlassungssünde vor. Die von General Langermann in Aussicht gestellten Zuschläge sollen vom 1. Juli bezahlt werden. Es wäre nur billig, sie von einem früheren Zeitpunkt an zu zahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine ganz besondere Härte ist, daß die Witwe eines gefallenen Kriegers in der Regel schlechter gestellt ist, als die Kriegerfrau. Auch hier beklage ich lebhaft, daß bisher nichts Durchgreifendes geschehen ist. Ein weiterer schwerer Mangel liegt in dem Rechtsverfahren. Ein Kollegium von drei Offizieren entscheidet endgültig, ob eine Kriegsbeschädigung vorliegt oder nicht, ob also überhaupt eine Rente zu gewähren ist. Wir dürfen die Kriegsbeschädigten nicht schlechter stellen als die Arbeitsinvaliden, für die ein kostenloses Rechtsverfahren durchgeführt ist. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß Kriegsbeschädigte, die mit ihrer Forderung einer höheren Rente rechtskräftig abgewiesen wurden, wegen der Kosten gepfändet worden sind. Solche Vorkommnisse gereichen dem Deutschen Reiche nicht zur Ehre. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ferner muß das Kriegselterngeld wesentlich aufgebessert werden. Man wird mehr Rücksicht nehmen müssen auf alte Eltern, die alles zur Ausbildung ihres Sohnes getan haben, um später im Alter eine Stütze an ihm zu haben, und die schließlich nicht nachweisen können, daß der junge Mann, der für das Vaterland gefallen ist, schon zu der Zeit, als er fiel, eine ausreichende Unterstützung an die Eltern gezahlt hat. Auch die Stellung der Stiefkinder und der unehelichen Kinder muß baldigst geregelt werden.

Der Reichsausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist zweifellos von sozialem Geiste erfüllt und hat verdienstvolle Arbeit im Interesse der Kriegsbeschädigten geleistet. Der Anerkennung, die der Abg. Giesberts den leitenden Personen ausgesprochen hat, kann ich mich anschließen. Eine Reihe von Ortsausschüssen arbeiten gewiß im Sinne der Zentrale, aber es werden auch zahlreiche Beschwerden laut über unzureichende Organisation und nicht ausreichende Tätigkeit vieler Ortsgruppen. Die gewerkschaftlichen und Angestelltenorganisationen aller Richtungen haben schon vor Jahren eine gesetzliche Regelung dieser Materie gefordert. Wenn die Berufsberatung, die ganze Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ersprießlich durchgeführt werden soll, so müssen die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch eine gewisse Initiative entwickeln können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Heute werden die Ortsausschüsse vielfach völlig einseitig durch die Landräte zusammengesetzt. Der Pastor, der Lehrer sind es, die die Arbeiten übernehmen. Bei aller Anerkennung des guten Willens dieser Herren, muß man doch verlangen, daß die wirklich Sachverständigen in den Fragen des Arbeitsverhältnisses, die Vertreter der Organisationen, dabei mitgehört werden. Der Vorsitzende des Reichsausschusses sollte zum

Reichskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge

ernannt werden, damit er das Recht hat, bestimmte Anordnungen zu treffen. Ein sehr unerfreuliches Kapitel ist die Aufbringung der Mittel. Wir haben seit langem beantragt, daß dem Reichsausschuß Mittel des Reichs zur Verfügung gestellt werden. Mit guten Ratschlägen allein ist den Kriegsbeschädigten nicht geholfen, es muß ihnen auch Hilfe durch die Tat geleistet werden. Eine Reihe von Gemeinden haben darin gewiß Großes geleistet, aber die Zahl der Gemeinden, die erhebliche Mittel für diesen Zweck aufbringen können, ist doch verhältnismäßig gering. In erster Linie hat doch das Reich die Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ebenso muß die Bäderfürsorge des Roten Kreuzes aus Reichsmitteln unterstützt werden. Der Reichstag hat das bereits längst einstimmig beschlossen, aber die Regierung hat dem nicht Rechnung getragen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn 200 Millionen Frühdruschprämien gezahlt werden sollen, da gibt es kein Zaudern, aber den Kriegsbeschädigten steht das Reichsschatzamt mit zugeknöpften Taschen gegenüber. Es ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Deutschen Reiches, daß der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge seine Zuflucht zu öffentlichen Sammlungen nehmen muß. (Sehr wahr!) Dies Anrufen der öffentlichen Wohltätigkeit hat gerade in den Reihen der Kriegsbeschädigten großen Unwillen und Empörung hervorgerufen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir uns schließlich doch dazu verstanden haben, diese Sammlungen zu unterstützen, so deshalb, weil es im Augenblick gar kein anderes Mittel gibt, um die allerdringendsten Ausgaben im Interesse der Kriegsbeschädigten zu decken. Vor allem wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, wenn sie wieder erwerbstätig gemacht sind, auch wirklich Beschäftigung finden. Zu diesem Zwecke fordern wir

den gesetzlichen Anstellungs- oder Beschäftigungszwang

der Kriegsbeschädigten. Die Betriebe sollen verpflichtet sein, alle Kriegsteilnehmer, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzustellen und darüber hinaus einen gewissen Prozentsatz von Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Das gilt vor allem für die öffentlichen Betriebe, aber auch die Privatindustrie muß verpflichtet werden, nach Maßgabe eines bestimmten, je nach der Art der Betriebe verschiedenen Prozentsatz schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer einzustellen. Wir gehen nicht soweit, einen Einstellungszwang für alle Kriegsbeschädigten zu fordern, denn die Leute, die 20 bis 30 Proz. geschädigt sind, werden in der Regel ihre Arbeitskraft verwerten können. Aber ich halte es für eine nationale Pflicht, daß für die Anstellung der über 50 Proz. Geschädigten durch Gesetz gesorgt ist. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung, inkl. der Gelben, haben sich für diesen gesetzlichen Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten ausgesprochen, und zwar, im Gegensatz zum Abg. Giesberts, mit besonderer Wärme die christlichen Arbeiter. Mit der Berufung auf die sittliche Pflicht ist hier nicht viel anzufangen. Das zeigt sich schon jetzt und wird sich noch mehr zeigen, je länger der Krieg dauert und erst recht, wenn die augenblickliche Not des Krieges vorüber ist. Man verlangt Maßregeln gegen das Händlertum der Kriegsbeschädigten. Gewiß wäre es ein sehr unerfreuliches Bild, wenn wir fortgesetzt auf den Straßen Kriegsbeschädigten begegneten, die uns ihre Waren anbieten, aber es wäre eine ungeheure Härte, gegen dies Händlertum vorzugehen, wenn man den Kriegsbeschädigten nicht auf der anderen Seite die Garantie gibt, daß sie Beschäftigung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorschreiben, daß auf 25 Angestellte ein Schwerkriegsbeschädigter anzustellen ist. Irgendein Platz für eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Wille dafür da ist. Dies gewaltige Problem läßt sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht bestimmter Volkskreise regeln, sondern da muß mit fester Hand eingegriffen werden. Es wäre ein grauenhafter Zustand, wenn die Einstellung der Kriegsbeschädigten erst erkämpft werden müßte durch öffentliche Verrufserklärung und Boykott, wie das Herr Giesberts vorschlug. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft doch eingebüßt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten blieb. Deshalb muß die nationale Dankesschuld dadurch abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwungen werden, die Schwerbeschädigten einzustellen. Schon heute wird vielfach über die Entlohnung der Kriegsbeschädigten geklagt. Es muß der angemessene Lohn für die tatsächlich vorhandene Arbeitskraft gewährt werden, die Rente muß dabei außer Kraft bleiben. Für die Reichs- und Staatsbetriebe sind solche Anweisungen ergangen. Trotzdem geschieht es nicht unterschiedslos und die Zahl der Privatbetriebe, in denen

Kriegsbeschädigte geringer bezahlt

werden, weil sie Rente beziehen, wächst von Tag zu Tag. Deshalb muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Anrechnung der Rente bei Festsetzung des Arbeitslohnes zu unterbleiben hat. Das schließt Mißbräuche nicht aus, aber die Kriegsbeschädigten können sich dann auf Grund des Gesetzes mit Erfolg wehren. Protestieren müssen wir dagegen, daß dem Kyffhäuserbund, der Organisation der Kriegervereine, die großen Mittel des Reichskriegerdanks zur Verfügung gestellt worden sind, weil damit die Gefahr besteht, daß sie im einseitig politischen Interesse verwandt werden. Wenn solche Bestrebungen wieder Platz greifen, so würde das zu einer Entwicklung in Deutschland führen, die ich nicht wünsche und die gerade jenen Herren dann sehr wenig angenehm sein dürfte. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Von der Stellung von Anträgen haben wir einstweilen abgesehen, es genügt, wenn wir hier unsere Wünsche vortragen. Wir erwarten, daß nun wenigstens im Herbst die Vorlage an den Reichstag kommt, und endlich Hand angelegt wird, um diese dringenden Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Erledigung zu bringen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ein Vertreter des Reichsschatzamts weist die Behauptung des Vorredners zurück, daß das Reich nicht genügend für die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Ein Vertreter der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums betont, daß die Heeresverwaltung ein Abkommen mit den Landesversicherungsanstalten getroffen hat, um Verzögerungen bei den Bäderkuren zu vermeiden dadurch, daß die Frage, wer für die Kosten verantwortlich ist, erst nach Antritt der Kur geregelt wird.

Abg. Meyer-Herford (natl.) wünscht eine Erleichterung der Bestimmungen über die Ansiedlung von Kriegerwitwen. Die Kapitalabfindung der Kriegerwitwen sollte möglichst bald eingeführt werden. Nicht nur die Kriegerwitwen, sondern auch die Kriegsbeschädigten sollten Kinderzulagen erhalten. Ganz besonders sollten wir bei dieser Gelegenheit auch der alten braven Kriegsinvaliden von 1870/71, von 1866 und 1864 gedenken. Die Richtlinien des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge treffen im allgemeinen das Richtige. Unsere Arbeitgeber verhalten sich der Einstellung von Kriegsbeschädigten gegenüber im allgemeinen wohlwollend; sollten aber Arbeitgeber dieser vaterländischen Pflicht nicht nachkommen, so werden wir einen gesetzlichen Zwang zur Einstellung von Kriegsbeschädigten einführen müssen.

Abg. v. Winterfeld (k.): Der schon mehrfach geäußerten Freude über die Einbringung der beiden Vorlagen schließe ich mich an; über ihre Einzelheiten werden wir in der Kommission eingehender sprechen. Die Revision der Rentengesetze muß bald erfolgen. Es gehört auch mit zur Kriegsbereitschaft, daß man für die Opfer des Krieges sorgt. Es ist Pflicht des Reichsschatzamts, hier ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wird bei einer solchen Vorlage auf einstimmige Zustimmung dieses Hauses rechnen können. (Sehr richtig!) Für die Ansiedlung Kriegsbeschädigter hat die kurländische Ritterschaft ein Drittel ihres Grundbesitzes zu Friedenspreisen zur Verfügung gestellt. — Den Anstellungszwang für Kriegsbeschädigte halten wir zurzeit für noch nicht notwendig.

Abg. Sivkowitsch (Vp.): Daß auf die Renten der Kriegsbeschädigten Teuerungszulagen überhaupt noch nicht gewährt worden sind, trifft nicht zu; auf Antrag sind sie in einzelnen Fällen gewährt worden. Es ist anzuerkennen, daß sie jetzt grundsätzlich eingeführt werden soll. — Der Forderung, daß das Verfahren der Rentenfestsetzung und vor allem die Entscheidung darüber, ob überhaupt eine Rente zu gewähren ist, von Grund aus zu ändern ist, schließe ich mich an. Die Kriegsbeschädigten müssen hierbei mitzuwirken in der Lage sein. Aber auch die

politische Gleichberechtigung

darf man den Kriegsbeschädigten nicht vorenthalten. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Behrens (D. F.) gibt ebenfalls seiner Genugtuung über die Einbringung der Gesetzentwürfe Ausdruck und tritt für stärkere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ein.

General v. Langermann: Wir zahlen Teuerungszulagen, aber nur auf Antrag. Ich würde dankbar sein, wenn diese Erklärung dazu beitragen würde, daß diese Tatsache in den beteiligten Kreisen mehr bekannt würde. — In bezug auf die Kriegerwitwen haben die Generalkommandos strenge Anweisung, dafür zu sorgen, daß die Kriegerfrau dadurch, daß ihr Mann fällt, nicht schlechter gestellt wird, zum wenigsten nicht in wirtschaftliche Not gerät. Bei der Aenderung des Rechtsverfahrens scheint mir die Hauptsache, daß der Beschädigte Gelegenheit bekommt, vor der Spruchbehörde zu erscheinen und seinen Anspruch zu vertreten, und daß bei der Entscheidung Kameraden von ihnen mitwirken. (Zustimmung.) — I der Auszahlung der Renten sind seit dem 1. April tatsächlich Verzögerungen eingetreten; die Regierungskassen waren überlastet und deshalb muß die Auszahlung der Post übertragen werden. Durch diesen Wechsel entstand eine Stockung, die hoffentlich bald überwunden sein wird.

Abg. Ryssel (U. Soz.): Es ist geradezu beschämend, daß im Lande Sammlung auf Sammlung veranstaltet werden muß, um den Opfern des Krieges die Fristung des Lebens zu ermöglichen. Die eingebrachten Gesetzentwürfe bringen auch nur Palliativmittelchen, die die traurige Lage der Kriegsbeschädigten nicht bessern können. Das haben wir schon beim Kapitalabfindungsgesetz 1916 ausgeführt und deshalb abgelehnt und aus denselben Gründen lehnen wir es auch heute ab. Wirkliche Hilfe kann den Kriegsbeschädigten nur die Erhöhung der Rente bringen, und deshalb haben wir soeben noch den Antrag eingebracht, eine Neuregelung der Renten eintreten zu lassen und bis dahin Zuschläge von 100 Proz. zu der Rente zu zahlen.

Die Gesetzentwürfe werden einer Kommission überwiesen, der Etat des allgemeinen Pensionsfonds bewilligt.

Eine Ergänzung zum Besoldungsgesetz (die eine Reihe von Aufbesserungen bringt) wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Etat der Schutzgebiete, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts).

Schluß 7 Uhr.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. Wien, 23. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Die Kämpfe an der Piave waren auch gestern weniger heftig, nur am Südflügel unserer Armeefront nahm der Feind nachmittags seine Gegenangriffe wieder auf; sonst überall Geschützkampf. Die schweren wolkenbruchartigen Regen, die in der letzten Woche fast täglich über Venetien niedergingen und weite Strecken der Ebene unter Wasser setzten, hatten für die Truppen die Lasten und Entbehrungen des Kampfes vervielfältigt. Die Piave ist zu einem reißenden Strom geworden, dessen Wassermassen wiederholt den Verkehr zwischen beiden Ufern auf viele Stunden unterbinden. Es ist nur unter den größten Schwierigkeiten möglich, den Kämpfern an der Front den nötigsten Bedarf an Munition und Verpflegung zuzuführen; um so größere Anerkennung ist den braven Truppen zu zollen, deren Kampfkraft auch in noch härterer Lage ungebrochen blieb.

Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg zur See.

Die U-Boot-Beute im Monat Mai.

Berlin, 22. Juni. (Amtlich.) Im Monat Mai sind insgesamt 614 000 Br.-Reg.-To. des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden. Der ihnen zu Verfügung stehende Welthandelsschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund 17 730 000 Br.-Reg.-To. verringert worden. Hiervon sind rund 10 828 000 Br.-Reg.-To. allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat April außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelsschiffe noch weitere Schiffe von rund 56 000 Br.-Reg.-To. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

wtb. Berlin, 24. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England: 16 500 Brutto-Register-Tonnen. Zwei Dampfer wurden an der Westküste Englands aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die neue sibirische Regierung gegen die Mittelmächte.

Basel, den 24. Juni. Matin berichtet: Die neue sibirische Regierung sammelt alle russischen Patrioten; sie richtete einen Appell an die Alliierten, um eine neue Front zu schaffen und die Deutschen zu verjagen. Nach dem Homme libre hat Japan sich zu der Intervention entschlossen. Petit Journal schreibt: Die tschecho-slowakische Bewegung in Sibirien wird vom größten Teil der Bevölkerung unterstützt, die den Bolschewisten feindlich gesinnt ist.

Ein Sinnfeiner-Sieg.

Rotterdam, 22. Juni. Times meldet: Die neue Sinnfeinpartei hat einen neuen Sieg errungen, ihr Kandidat in East Cavan wurde mit 3795 Stimmen gegen den nationalistischen Kandidaten, der 2581 Stimmen erhielt, gewählt.

Das ist ein glänzender Sieg der neuen Sinnfeinerpartei, der, wie schon gemeldet, auf die Teilnahme der Iren an den Sitzungen des englischen Parlamentes im negativen Sinne nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Internationale Sozialistenkonferenz?

Genf, 24. Juni. La Bataille veröffentlicht an leitender Stelle eine Mitteilung über eine in der Schweiz stattfindende internationale sozialistische Konferenz. Die russischen Maximalisten, die unabhängigen deutschen Sozialisten, die sozialistischen Parteien Oesterreichs und Ungarns, sowie mehrere sozialistische Parteien neutraler Länder werden, so meldet die Zeitung, in künftiger Zeit einen gemeinsamen Aufruf zur Abhaltung einer internationalen Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aller Länder in der Schweiz erlassen.

Belgisch-deutsche Sozialistenzusammenkunft?

Genf, 24. Juni. Journal du peuple will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß der Führer der belgischen Sozialisten, Vandervelde, der bekanntlich Präsident des internationalen sozialistischen Bureaus ist, sich entschlossen habe, sich im Haag mit den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten zu treffen. Die Zeitung fügt hinzu, die österreichischen Delegierten hätten die Einladung Vanderveldes angenommen, die Antwort der deutschen Vertreter sei noch nicht bekannt.

Es wäre höchst erfreulich, wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte. Daß auch die deutschen Sozialdemokraten eine eventuelle Einladung annehmen werden, ist gewiß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0002

Henderson über die Paßverweigerung an Troelstra und den Völkerbund.

Amsterdam, 23. Juni. (Telunion.) In einem Interview mit Reuter hat Arthur Henderson über den Beschluß der englischen Regierung, Troelstra nicht zu erlauben, nach England zu kommen, erklärt, daß dieser Beschluß auf der Jahresversammlung der Arbeiterpartei in der nächsten Woche einige Enttäuschung hervorrufen werde. Es sei töricht, Troelstra als einen Deutschenfreund zu bezeichnen. Er sei ein Internationalist, der unter den schwierigsten Umständen stets eine neutrale Haltung gegenüber den beiden kriegführenden Parteien angenommen habe.

In einer Rede in Brighton sagte Henderson, daß die Demokratien der Welt jetzt an einem Kreuzwege ständen und eine verkehrte Wahl des Weges zur Anarchie und zum Chaos führen könne, so daß dann der Militarismus weiter regieren würde. Wir ziehen den Weg vor, der zu einem Bund von freien Völkern und zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, aufgebaut auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit, führt. Wir wenden uns von dem zum Chaos führenden Pfade ab, denn wir wünschen nicht, daß die Gewalt an die Stelle der Rede trete. Wir wollen keine Revolution durch Gewalt, sondern eine friedliche Rekonstruktion unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Ich habe immer in der Arbeiterbewegung gelebt und ich habe vollkommenes Vertrauen in die konstitutionelle Methode und in die Möglichkeit sozialen Fortschrittes, sowie der Einsetzung einer besseren sozialen Ordnung ohne Blutvergießen und Gewalt.

Die österreichischen Ernährungsschwierigkeiten.

Große Mehlmengen in Wiener Hotels beschlagnahmt.

Wien, 24. Juni. Bei einer Reihe Wiener Hotels sind in letzten Tagen Haussuchungen auf Mehlvorräte vorgenommen worden. Es wurden mehr als 10 000 Kilogramm Mehl beschlagnahmt.

Auch diese Meldung zeigt, daß nur die österreichische Schlamperei die jetzigen Ernährungsschwierigkeiten verursacht hat.

Behördlicher Postraub in Krakau.

Wien, 23. Juni. Die österreichischen Bahnbehörden in Krakau haben nach Meldungen dortiger Blätter acht Waggons deutscher Feldpostsendungen angehalten und beschlagnahmt. Die Sendungen, in der Mehrzahl Fünfkilopakete mit Lebensmitteln, wurden den Krakauer gemeinnützigen Vereinen zur Verteilung überwiesen. Der Vertreter der deutschen Intendantur hat gegen dieses Verfahren bei den zuständigen Stellen Widerspruch erhoben.

Eine Erklärung des Ernährungsministers.

Wien, 23. Juni. Der Ernährungsminister Paul erklärte, daß das was zu sichern war, gesichert werden konnte. Es genüge aber nur für die Hälfte der Brotration. Das Volksernährungsamt würde jedoch Zubußen an anderen Lebensmitteln schaffen. Außer den 250 Gramm Rindfleisch wird 1 Kilogramm Pferdefleisch pro Kopf und Woche gegeben. Außerdem werden von militärischen Fahrküchen 100 000 Menschen durch 4 Wochen mit einer warmen Mahlzeit, bestehend aus Suppe, 100 Gramm Fleisch und Gemüse, täglich zu billigen Preisen bedacht werden.

Ueberfluß in Ungarn.

Budapest, 21. Juni. Infolge der Aufforderung des Bürgermeisters Bódy, daß die Bevölkerung an je einem Tag im Juni und Juli auf die Mehlration zugunsten von Wien verzichten möge, haben schon heute ungemein zahlreiche Anmeldungen stattgefunden, so daß die Deckung für die zugesagten fünfzig Waggons Mehl außer Zweifel steht. Morgen werden fünfundzwanzig Waggons Mehl nach Wien gehen.

Budapest, 22. Juni. Außer Budapest haben viele andere ungarische Städte sich bereit erklärt, durch Kürzung ihrer Getreidequote die Lage in Wien und Oesterreich zu lindern. Die Stadt Budapest hat heute großen Mengen Selchfleisch, Obst, Gemüse und 22 000 Hasen nach Wien gesandt.

Die Meldung zeigt, daß Ungarn mehr zur Volksernährung in Oesterreich hätte beitragen können.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Neugestaltung des Auslandsnachrichtendienstes.

Der Reichsverband der deutschen Presse hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, deren Gegenstand die Frage einer Neugestaltung des deutschen Auslandsnachrichtendienstes ist. Es wird gebeten, den Reichskanzler zu ersuchen, daß er mit möglichster Beschleunigung einen aus Vertretern der Regierung, des Reichstages, der Presse (Redakteure und Verleger), der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Verkehrs zusammengesetzten Ausschuß berufen wolle, der den Auftrag erhält, über diese Frage zu beraten und Regierung und Reichstag geeignete Vorschläge zu unterbreiten. In der Begründung wird auseinandergesetzt, welche Wichtigkeit es habe, das Werk unter Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Kräfte so rechtzeitig in Angriff zu nehmen, daß mit Beendigung des Krieges unser Rüstzeug für den Kampf mit den Waffen des Geistes vollendet ist.

Der Prozeß gegen die Deutsche Zeitung.

Gegen die schwerindustriell-annexionistische Deutsche Zeitung hatte der Vizekanzler wegen der bekannten Anwürfe gegen Herrn v. Kühlmann Strafantrag gestellt. Die Klage wird am 4. Juli vor der 7. Strafkammer sowie die gesinnungsverwandten alldeutschen Blätter des Landgerichts I in Berlin verhandelt werden.

Die neue Biersteuer.

Der neue bayrische Biersteuergesetzentwurf ist der Kammer der Abgeordneten zugegangen. Er sieht wie in der norddeutschen Brausteuergemeinschaft eine Fabrikatsteuer vor und berechnet den Gesamtertrag aus den Einnahmen an Biersteuern und Uebergangsabgaben auf 164 038 292 M. Nach Abzug der an die Reichskasse abzuführenden Ausgleichsabgaben, wird der Reinertrag für die bayrische Staatskasse in Höhe von 110 420 043 M. angenommen. Die bisherige Reineinnahme im Durchschnitte der Jahre 1912 und 1913 betrug 35 726 506 M., so daß der sich künftig ergebende Mehrertrag auf 74,69 Millionen Mark zu veranschlagen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Demission des österreichischen Kabinetts.

Wien, 23. Juni. Der heutige Ministerrat beschloß die Gesamtdemission des Kabinetts.

Mit Bezug auf den Beschluß des Polenklubs, der das Wirken der Regierung Seidler für schädlich erklärt, ihr das Vertrauen verweigert und die sofortige Einberufung des Reichsrates fordert, meldet das Fremdenblatt: Wie in bestunterrichteten Kreisen verlautet, ist als sicher anzunehmen, daß Dr. Seidler als Ministerpräsident im Amte bleiben werde. Wie weiter verlautet, soll Seidler für den Fall, daß sich die Tagung des Hauses als unmöglich herausstellen sollte, mit allen Vollmachten ausgestattet sein, so daß die Frage der Auflösung des Parlaments in unmittelbare Nähe gerückt erscheint. Den Blättern zufolge werden die deutsch-nationalen Parteien am Dienstag über ihre Stellungnahme zum Beschluß des Polenklubs beraten.

Regierungskrise Wekerle.

Budapest, 23. Juni. Die Budapester Blätter sprechen von einer Regierungskrise Wekerle. Als mutmaßlicher Nachfolger des Dr. Wekerle wird Tisza genannt.

Deutscher Heeresbericht vom 23. Juni.

wtb. Großes Hauptquartier, 23. Juni 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Beiderseits der Somme hielt die rege Tätigkeit des Feindes an. Ein nächtlicher Angriff der Engländer bei Morlancourt zwischen Ancre und Somme brach in unserem Feuer zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Teilangriffe südöstlich von Mery wurden abgewiesen. Südwestlich von Reims machten wir bei kurzem Infanteriegefecht mit Italienern 36 Gefangene.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 28. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

24. Generalversammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft.

Köln, 19. Juni.

Die 24. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine tagte heute im Anschluß an den Genossenschaftstag im Gürzenich. Die Delegierten der Generalversammlung sind die gleichen wie die vom Genossenschaftstag, nur die Zahl der stimmberechtigten Vertreter ist geringer.

Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer Berger (Hamburg), der den gedruckten Bericht ergänzte. Nach dem Bericht stieg die Zahl der Gesellschafter im Jahre 1917 von 874 auf 925. Das Warengeschäft der G.-E.-G. hat entsprechend dem fortdauernd steigenden Drucke auf das Wirtschaftsleben einen weiteren Rückgang erlitten. Der Warenumsatz ging von rund 134 Millionen Mark auf 108 Millionen Mark zurück. Durch die Rationierung weiterer Waren wurde ein Rückgang im Umsatz der Lager um ungefähr die Hälfte herbeigeführt. Die im Lager Gröba befindliche Kakaopackerei und Oelabfüllerei wurde völlig stillgelegt. Der Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen stellte sich auf 5 304 820 M. gegen 6 694 820 M. im Vorjahr. In den Produktionsbetrieben der G.-E.-G. brachte das Jahr 1917 für einzelne derselben starke Umsatzrückgänge. Der Rückgang drückt sich nicht so sehr in den Wertzahlen, als in denen der hergestellten Erzeugnisse aus. Am stärksten davon betroffen sind die Seifenfabriken, die Zigarrenfabriken und die Kautabakfabrik. Der Mangel an Rohstoffen zwang diese Industrien zu tief einschneidenden kriegswirtschaftlichen Maßnahmen. Der Gesamtumsatz in den Fabriken der G.-E.-G. betrug rund 24,5 Millionen Mark; die Betriebe beschäftigten 1214 Personen. Die Bankabteilung der G.-E.-G. hat im Berichtsjahr einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen. Sie stand im Zeichen der den deutschen Geldmarkt ganz allgemein charakterisierenden Geldflüssigkeit. Die Bankeinlagen sind wiederum gewaltig gestiegen, sie erreichten die Höhe von rund 71 Mill. Mark, gegen 43 Millionen M. im Vorjahre. — Nach der Bilanz, die in Aktiva und Passiva mit rund 134,9 Millionen M. abschließt, beträgt der Reingewinn der G.-E.-G. rund 1 486 000 M. gegenüber 2 176 000 M. im Jahre 1916; er ist also zurückgegangen.

Der Berichterstatter ging auch auf die öffentliche Bewirtschaftung ein und bemerkte dabei, diese hätte viel einfacher und besser durchgeführt werden können, wenn sie mehr nach den kaufmännischen Grundsätzen geleitet und die genossenschaftlichen Einrichtungen von vornherein zur Bedarfregelung herangezogen worden wären. Hoffentlich gehe es bei der Uebergangswirtschaft besser; es werde nichts unversucht bleiben, die G.-E.-G. dabei zur Geltung zu bringen. Die G.-E.-G. ist an 16 Kriegsgesellschaften beteiligt.

Den Revisionsbericht gab Bästlein (Hamburg). Die Revisionskommission hat festgestellt, daß die Bilanz richtig ist, und beantragt Entlastung der Geschäftsführer.

Nach einer kurzen Aussprache, in der die Förderung der Produktion alkoholfreier Weine durch die G.-E.-G. gewünscht wurde, genehmigte die Generalversammlung die Jahresrechnung und entlastete die Geschäftsführer und den Aufsichtsrat. Der Reingewinn kommt entsprechend dem Vorschlag der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrats zur Verteilung.

Als Revisor wurde Herr Ganz (Stuttgart) wiedergewählt.

Für den verstorbenen Geschäftsführer Würfel, dem der Vorsitzende einen ehrenden Nachruf widmete, wurde der bisherige Leiter der Seifenfabrik Gröba-Riesa, Petzold, als Geschäftsführer gewählt. Bei der Wahl des Aufsichtsrates wurden die ausscheidenden Mitglieder Bästlein (Hamburg), Braun (Gmünd), Kaufmann (Hamburg), Klötzel (Nürnberg), Schulze (Halle) und Bösch (Cannstatt) wieder- und Hans Bauer (München) neugewählt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. An die Tagung schloß sich die sechste Generalversammlung der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, in der mehr interne Punkte erledigt wurden.

15. Genossenschaftstag.

Köln, 17. Juni.

Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine begann heute vormittag hier im Gürzenich bei zahlreicher Beteiligung. Es sind gegen 900 Delegierte und Gäste anwesend. Als Vorsitzende des Kongresses wurden Barth (München), Hoffmann (Magdeburg) und Banse (Köln) bestimmt. Es folgten eine Reihe Begrüßungsansprachen, bei denen der Vorsitzende des Zentralverbandes, Konrad Barth, besonders das gute Zusammenarbeiten der Genossenschaften verschiedener Richtungen im Kriege hervorhob und den Wunsch nach einem baldigen Frieden zum Ausdruck brachte.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung

Bericht des Vorstandes

besprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied Kaufmann (Hamburg) die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Als zukünftige Aufgaben der Konsumgenossenschaften benannte der Redner zunächst die Erweiterung der Warenverteilung auf alle Bedarfsartikel die bisher durch die preußische Warenhaussteuer in weiten Teilen des Reiches verhindert worden sei. Gerade die gegenwärtigen Preistreibereien in Bekleidungsgegenständen, Schuhwaren und Hausstandsartikeln zeigten die Notwendigkeit des Einsetzens einer preisregulierenden Tätigkeit der Konsumvereine. Diese Erweiterung der Warenverteilung sei die Vorbedingung für die nach dem Kriege so dringend notwendige Schaffung einer wirtschaftlichen Rüstung, darum müßten die preußische Warenhaussteuer und ähnliche Steuern fallen. Die gute Entwicklung der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften und ihrer Großeinkaufsgesellschaft während der Kriegszeit lasse als eine weitere dringende Aufgabe den Ausbau der Eigenproduktion erkennen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen referierte das Vorstandsmitglied Bästlein (Hamburg). Sowohl an den Deutschen Reichstag wie auch an sämtliche Bundesstaaten sind Eingaben dahingehend gemacht worden, den Konsumvereinen eine Vertretung in den Handelskammern zu gewähren. Die Mehrzahl der Parlamente hat diese Frage bereits behandelt und steht zum Teil der Sache auch wohlwollend gegenüber. Die weitere Rationierung aller Lebensmittel hat teilweise zu Unannehmlichkeiten geführt. Dort, wo die Leiter der Konsumvereine bei den Behörden mitarbeiten, vollzog sich die Sache glatt, dagegen machte sich anderseits in den Gemeinden eine Mittelstandspolitik bemerkbar. Trotz Beschluß des Kriegsernährungsamts, die Konsumvereine nach ihrer Mitgliederzahl oder nach Auflegung von Kundenlisten zu beliefern, mußten gegen verschiedene Mißgriffe — die Bästlein eingehend bespricht — Front gemacht werden. Redner berichtet alsdann eingehend über die Zuckerversorgung und stellt fest, daß ein großer Teil von Kommunalverbänden die durch die Bundesratsverordnungen festgesetzten Höchstpreise übertritt, und zwar sind es solche, die die Selbstversorgung des Zuckers in die Hand genommen haben. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine verlangt bei der Zuckerversorgung die Einschaltung des Handels und somit auch der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die Kommunalverbände haben kein Recht, die Höchstpreise zu übertreten und ihre übrigen Ausgaben aus dem Ertrag des Zuckerhandels zu decken; denn die Bundesratsverordnung gilt auch für sie. An Beispielen erläuterte der Redner, welche Summen den Verbrauchern durch die jetzige Zuckerversorgung zu Unrecht abgenommen werden. Der Referent besprach dann das Umsatzsteuergesetz. Die Konsumvereine wollten genau wie jeder andre ihren Anteil an der Aufbringung der Mittel tragen. Mit Entrüstung wird jedoch davon Kenntnis genommen, da durch einen Antrag Gothein und Genossen die Konsumvereine besonders besteuert werden sollen. Das Interesse der Mitglieder der Konsumvereine erfordere es, daß man die minderbemittelte Bevölkerung nicht durch eine Erdrosselungssteuer zu höheren Kosten zur Deckung der Reichsausgaben heranzieht, als sie sonst von den Einwohnern des Deutschen Reiches getragen werden. Zum Schluß seiner mit Zustimmung aufgenommenen Ausführungen begründete Bästlein das Verlangen auf Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zur Warenverteilung für die Konsumvereine des Deutschen Reiches. Er legte eine Entschließung vor, die im Sinne seiner Darlegungen gehalten ist.

In der Diskussion begründete Fleißner (Dresden) eine vom Konsumverein Dresden eingebrachte und von den Leipziger Delegierten unterstützte Entschließung, in der gegen die von der Reichsgesetzgebung geplanten neuen indirekten Steuern entschiedener Widerspruch erhoben wird. Die geplante Umsatzsteuer würde die Mitglieder der Konsumvereine schwer treffen. Der Referent Bästlein habe gemeint, es sei Sache der politischen Parteien, zu der Steuerfrage Stellung zu nehmen. Es sei aber auch eine Sache der Konsumvereine, sich rücksichtslos zu wehren. Die Genossenschaften müßten sich grundsätzlich gegen indirekte Steuern und gegen die Umsatzsteuer wenden und ihren Protest erheben.

Feuerstein (Stuttgart) hat grundsätzliche Einwendungen gegen einige Absätze der Entschließung von Dresden. Durch sie würde der Genossenschaftstag verpflichtet, eine Entscheidung in der Steuerpolitik zu treffen. Das sei aber nicht Aufgabe des Genossenschaftstages, sondern der allgemeinen Partei- und Wirtschaftspolitik. Die Resolution gehe über das Tätigkeitsgebiet der Konsumvereine hinaus. In der Frage der Umsatzsteuer könne er dem Vorredner zustimmen. Hier befinde man sich innerhalb der Kompetenzen der Genossenschaften und könne darum der Genossenschaftstag seiner Meinung darüber Ausdruck geben. Redner ersucht, die Resolution Fleißner in diesem Sinne abzuändern.

In der weiteren Auseinandersetzung, die manchmal sehr lebhaft war, stimmten einzelne Redner den Ausführungen Feuersteins, andre den von Fleißner zu.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag Feuerstein, wonach der Einspruch gegen indirekte Steuern gestrichen werden soll, gegen eine starke Minderheit angenommen. Der so abgeänderte Antrag Dresden lautet nun:

„Der 15. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Köln erhebt entschieden Widerspruch gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, die insbesondere mit gesteigerten Sätzen bei Steigerung des Umsatzes im Kleinhandel vor allem die Mitglieder der Konsumvereine treffen würde. Die Konsumvereine sind keine privatkapitalistischen Unternehmungen, sondern gemeinnützige Einrichtungen zum Wohle der Unbemittelten. Ihren Warenumsatz besonders und gar erhöht zu besteuern, heißt den Mitgliedern den durch genossenschaftliche Betätigung erzielten wirtschaftlichen Vorteil zu einem wesentlichen Teil vernichten, heißt die gemeinnützige Tätigkeit durch drückende Steuern bestrafen. Die im Steuerausschuß des Reichstages eingebrachten Anträge auf Staffelung der Umsatzsteuer würden das in ihr liegende Unrecht den Konsumvereinen gegenüber geradezu auf die Spitze treiben. Der Genossenschaftstag ersucht daher den deutschen Reichstag, jede Maßnahme, welche die Konsumvereine in ihrem volkswirtschaftlichen Streben behindert, zurückzuweisen, soweit solche aber noch bestehen, auf deren Beseitigung zu dringen."

Der Genossenschaftstag stimmte ferner der Entschließung von Bästlein zu. Danach nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschaltet ist und infolgedessen deren Einrichtungen, die doch bei einer gemeinnützigen Warenverteilung die wertvollsten Dienste leisten könnte, brachliegen. Der Genossenschaftstag erhebt die Forderung der Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft aufs neue. Mit allem Nachdruck verlangt er die Berücksichtigung dieser Anträge und stellt fest, daß mittels des Bezugsscheinsystems, ebenso wie beim Zucker und bei den Kaffee-Ersatzmitteln, die Einschaltung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine bei allen rationierten Waren möglich ist, so daß die Konsumvereine durch die Großeinkaufsgesellschaft beliefert werden können. Ferner nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß einzelne Kommunalverbände nach wie vor den Konsumvereinen die Zuckerbezugsscheine verweigern und das ihnen vorbehaltene Recht, den Zucker direkt zu verteilen, dazu benutzen, den Konsumvereinen und dem Kleinhandel für Zucker höhere Preise zu berechnen, als das Gesetz gestattet. Durch diese Handlungsweise wird den Konsumenten der Zucker erheblich verteuert, wogegen entschieden Verwahrung eingelegt werden muß.

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes der Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Am Donnerstag wurde die Beratung über Aenderung der Beitrags- und Unterstützungssätze zu Ende geführt. Hinsichtlich der Bedenken, welche einige Redner gegen die Beitragserhöhung geltend machten, bemerkte Frau Thiede, daß es sich ja nur um die Umwandlung der bisherigen Extrabeiträge in ordentliche Beiträge handle, also eine Erhöhung der Beiträge eigentlich gar nicht stattfinde.

Durch einstimmigen Beschluß setzte der Verbandstag folgende Beitragsstaffel fest:

	Wochenlohn		Beitrag
1. Klasse	bis 12 M. . . .	Beitrag	40 Pf.
2. „	12 „ 15 „	„	50 „
3. „	15 „ 20 „	„	60 „
4. „	20 „ 23 „	„	80 „
5. „	23 „ 30 „	„	90 „
6. „	über 30 „	„	100 „

Das Eintrittsgeld ist den Wochenbeiträgen gleich. Weibliche Mitglieder sind nicht verpflichtet, der sechsten Beitragsklasse anzugehören.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt bei einer Beitragsleistung von 1 M. nach einer Mitgliedschaft von einem Jahr täglich 1.70 M. und wird für 30 Tage gewährt. Nach zweijähriger Mitgliedschaft täglich 2 M. für 45 Tage, nach vier Jahren täglich 2.25 M. für 60 Tage, nach fünf Jahren täglich 2.75 M. für 60 Tage.

Die Krankenunterstützung wird durchweg für 30 Tage gewährt und zwar mit täglich 70 Pf. nach einem Jahr, 80 Pf. nach zwei Jahren, 90 Pf. nach drei Jahren, 1 M. nach vier Jahren.

Mit 13 gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, die „Solidarität" vom 1. Oktober an nicht mehr acht-, sondern vierzehntägig erscheinen zu lassen.

Der bisherige Vorstand: Erste Vorsitzende Paula Thiede, zweiter Vorsitzender Pucher, Kassierer Lodahl wurde einstimmig wiedergewählt.

Nachdem noch eine Reihe von Anträgen erledigt waren, die kein allgemeines Interesse haben, wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus aller Welt.

Mehlschiebungen. Duisburg, 24. Juni. Hier wurden große Mehlschiebungen festgestellt. Beträchtliche Mengen Mehl wurden beschlagnahmt, die zum Preise für 2.20 M. das Pfund nach auswärts verschoben werden sollten. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Bluttat Kriegsgefangener. Graudenz, 23. Juni. In Jammendorf bei Allenstein wurden die Frau und die verheiratete Tochter des Kätners Sobert von russischen Kriegsgefangenen ermordet. Die Mörder sind entflohen.

Amsterdam, 23. Juni. Aus Chikago wird gemeldet: Bei dem Eisenbahnunglück bei Hammond in Indiania wurden nach den bisherigen Feststellungen 59 Personen getötet und 115 verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0003
DFG

15. Genossenschaftstag.

Köln, 18. Juni.

Am zweiten Verhandlungstag behandelt Lorenz (Hamburg) das Thema

Beteiligung der Beamten an der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Der Redner will den Begriff des Beamten nicht im alten engen Sinne aufgefaßt wissen, sondern im neueren Sinne und darunter die Festbesoldeten verstehen. Der Krieg habe es mit sich gebracht, daß diese Kreise auf den Wert der Konsumvereine aufmerksam wurden. Der Redner begründete nachfolgende Resolution, die die Quintessenz seiner Ausführungen bilden:

1. Die Konsumvereine sind ein wirksames Mittel, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, sie durch den Grundsatz der Barzahlung zu größerer Wirtschaftlichkeit zu erziehen und auf der Grundlage der Selbstverwaltung in den Stand zu setzen, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbständig zu regeln und zu gestalten.

2. Die wirtschaftliche Lage der Beamten und Festbesoldeten rechtfertigt deren Beteiligung an der Konsumvereinsbewegung, und es darf ihnen die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in den Konsumvereinen durch keinerlei Maßnahmen von Behörden, Vorgesetzten oder Arbeitgebern erschwert oder unmöglich gemacht werden.

3. Die Interessen der Verbraucher werden am vollkommensten in einer einheitlich neutralen Verbraucherorganisation gewahrt. Die Gründung besonderer Vereinigungen, Beamtenkonsumvereine usw. ist unwirtschaftlich und deshalb zu vermeiden.

4. Den Beamten und Festbesoldeten wird empfohlen, sich den Konsumvereinen des Zentralverbandes anzuschließen.

5. Durch geeignete Maßnahmen in den Konsumvereinen ist den Beamten und Festbesoldeten die Mitarbeit in den Verwaltungskörperschaften zu ermöglichen und ihnen eine angemessene Vertretung in diesen zu sichern.

In der Aussprache gaben Vertreter der Beamtenvereine zustimmende Erklärungen ab.

Der Genossenschaftstag stimmte dann einmütig den Richtlinien von Lorenz zu.

Ueber den Punkt.

Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Neuordnung

referierte nun Valentin Liebmann (Frankfurt a. M.) Die Konsumgenossenschaftsbewegung habe in allen Kreisen der Bevölkerung tiefe Wurzeln gefaßt. Zur Zeit umfassen die bestehenden 2000 Konsumvereine 3 Millionen Familien mit zirka 14 Millionen Angehörigen. Ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, genossenschaftlich organisiert, habe Anspruch auf Berücksichtigung ihres Rechts. In den Handelskammern müsse das Interesse der Verbraucher zum Ausdruck kommen, wie überhaupt in der Neuordnung neben den Vertretern der Erzeuger der Groß- und Kleinindustrie sowie des Groß- und Kleinhandels auch die breite Masse der Verbraucher in den zu schaffenden wirtschaftlichen Organisationen ihren entsprechenden Einfluß haben müsse. Zum Genossenschaftsrecht ist Delegiertenwahl zur Generalversammlung erforderlich, um den großen Mitgliedschaften der Konsumvereine Gelegenheit zur angemessenen Teilnahme an den Geschäften der Genossenschaft zu geben. Das Beitrittsrecht zu den Genossenschaften müsse gesetzlich sichergestellt sein, wie weiterhin den Genossenschaften größere Bewegungsfreiheit in bezug auf Anlegung ihrer flüssigen Gelder gegeben werden müsse. Unter einem Druck von Sondersteuern hatten die Konsumvereine zu leiden. Sie entsprachen rein mittelständlerischen Motiven und verrieten deutlich die Feindschaft gegen die Konsumvereine. Die wirtschaftlich Schwachen können nur durch den Zusammenschluß ihr Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner unterbreitete eine Resolution, die folgende Forderungen erhebt: I. Allgemeines Recht. 1. Vertretung der Konsumgenossenschaften in den Handelskammern. 2. Vertretung der Konsumgenossenschaften in allen staatlichen, durch die wirtschaftliche Neugestaltung notwendig werdenden Institutionen, die das Arbeitsgebiet der Konsumvereine berühren, und in allen Organisationen, die aus steuerlichen und sonstigen Gründen Massenverbrauchsartikel bewirtschaften. II. Genossenschaftsrecht. 3. Zulässigkeit der Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Genossenschaften. 4. Aufhebung aller Bestimmungen durch die das gesetzliche Beitrittsrecht zu Genossenschaften beschränkt wird. Bestrafung aller derjenigen, die solche Bestimmungen erlassen. 5. Anerkennung des Rechts der Genossenschaften zur Beteiligung an wirtschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmungen aller Art. 6. Beseitigung des Rechts des Gläubigers auf Kündigung der Mitgliedschaft eines Genossen (§ 66 des Genossenschaftsgesetzes). III. Steuerrecht. 7. Aufhebung aller Sondersteuern für Genossenschaften; Aufhebung der preußischen Warenhaussteuer; Aufhebung der sächsischen Gemeindeumsatzsteuer; Aufhebung der gewerblichen Umsatzsteuern in Braunschweig, Anhalt, Bayern, Hessen usw.; Aufhebung aller Filialsteuern. 8. Gesetzliche Bestimmung des Begriffs „geschlossener Laden" (preußische Gewerbesteuer § 5 Absatz 2 Satz 2) wie folgt: „Ein Laden ist ein geschlossener, wenn äußerlich sichtbar erkennbar gemacht ist, daß er zum Zweck von Warenankäufen nur den Mitgliedern offen steht." 9. Anerkennung des Grundsatzes, daß Konsumvereine, die im regelmäßigen Geschäftsverkehr nur an ihre Mitglieder Waren verteilen, Wirtschaftsgenossenschaften sind, und daß die nach dem Umsatze verteilte Rückvergütung an die Mitglieder weder ein Einkommen noch ein gewerblicher Ertrag der Genossenschaften noch der Mitglieder, sondern eine Ersparnis der letzteren sind und daher weder bei der Genossenschaft noch bei den Mitgliedern der Einkommen- und Gewerbesteuer unterworfen werden darf. IV. Allgemeine Förderung des Genossenschaftswesens. 10. Schaffung einer Aufteilung Genossenschaftsliteratur in allem unter dem Einflusse des Reichs oder der Einzelstaaten oder der Gemeinden stehenden Bibliotheken. 1. Jährliche Erfassung des Genossenschaftswesens durch eine Reichsstatistik über Zahl, Art, Art der Haftpflicht, Mitgliederzahl, Verbandszugehörigkeit, Umsatz bzw. Verkaufserlös, bzw. Erlös für Dienstleistungen sämtlicher deutscher Genossenschaften sowie deren Jahresrechnungen, schnellste Bearbeitung und Publikation dieser Statistik. 12. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens durch Errichtung von Lehrstühlen und Genossenschaftsseminaren an den Universitäten und anderen Hochschulen.

Ohne Debatten wurde diesen Forderungen zugestimmt.

In Ergänzung des Referats von Liebermann referierte hierauf Büttlein (Hamburg) über

Die Forderungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zur Uebergangswirtschaft.

Der Redner erörterte eingehend die Verhältnisse vor dem Kriege und die durch den Eintritt Englands in den Krieg verhinderte Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und betonte, die Regelung der Versorgung nach dem Kriege sei eine Hauptaufgabe des Reiches.

Er erläuterte eingehend die vorliegende Entschließung:

Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes nimmt Kenntnis von der Eingabe des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine vom 21. Februar 1918 an das Reichswirtschaftsamt in Berlin.

Die in der Eingabe aufgestellte Forderung auf Vertretung im Reichswirtschaftsamt in den Fragen des Handels und der Produktion sowie auf Anerkennung der Großeinkaufsgesellschaft als Zentralinstitut ihrer angeschlossenen Konsumvereine bei der Uebergangswirtschaft unterstützt der Genossenschaftstag in jeder Weise und knüpft daran die bestimmte Erwartung, daß gemäß der von dem Herrn Staatssekretär gegebenen mündlichen und schriftlichen Zusage sowohl der Zentralverband Deutscher Konsumvereine bei allen in Betracht kommenden Haupt- und Fachausschüssen, wie auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei sämtlichen für ihren Geschäftsbetrieb in Betracht kommenden Wirtschaftsstellen hinzugezogen und beteiligt werden.

Von vielen Behörden ist bei Beginn und im Laufe des Krieges die segensreiche Tätigkeit der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft anerkannt worden, um auch in der Uebergangswirtschaft anteilig an der Volksernährung mitzuwirken ist die Hinzuziehung des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft eine unbedingte Notwendigkeit."

Nach ergänzenden Bemerkungen des Geschäftsführers Seifert (Hamburg) von der Großeinkaufsgesellschaft, nahm der Genossenschaftstag die vorgelegte Entschließung an.

Dann gab Leche (Hamburg) einen kurzen Bericht über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Hierauf berichtete Gustav Bauer (Berlin) über die Tätigkeit des Tarifamts und die Erweiterung des Tarifamts. In der längeren Diskussion wandten sich besonders sächsische Delegierte gegen die vorgeschlagene Erweiterung des Tarifamts. Eine moralische Verpflichtung, den Beschlüssen des Tarifamts zu entsprechen, würden die Konsumvereine übernehmen können. Andre Redner traten für den Antrag ein. Es sei ein großer Fehler, daß das Tarifamt diese Befugnisse bisher noch nicht gehabt habe. Der Grundsatz müsse hochgehalten werden, daß die Genossenschaften vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Die Erweiterung des Tarifamts nach dem Antrag wurde dann gegen wenige Stimmen beschlossen und die Mitglieder des Tarifamts wiedergewählt.

Lorenz (Hamburg) machte hierauf Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftsbund. Es gehe trotz des Krieges seinen geregelten Gang. Redner bedauerte, daß die Vertreter der Arbeiter in den feindlichen Ländern den guten Willen für eine Verständigung in weitestem Maße fehlen lassen. Im Gegensatz hierzu ist in Deutschland die große Masse der Arbeiter für einen Verständigungsfrieden. Wenn wir von der andern Seite keine Stimme der Vernunft hören, dann muß es bei der Verteidigung des Vaterlandes bleiben bis zum Sieg. Es sei zu hoffen, daß man bald wieder gemeinschaftlich mit den Genossenschaftern aus den übrigen Ländern zusammenarbeiten könne. (Lebhafter Beifall.)

Fleißner (Dresden) erklärte zur Geschäftsordnung, daß die vorgerückte Stunde es unmöglich mache, den Ausführungen von Lorenz entgegenzutreten. Er hätte manche Einwendungen zu erheben.

Vorsitzender Hoffmann stellt fest, daß die Mehrheit des Genossenschaftstages die Ausführungen von Lorenz teilt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Der Genossenschaftstag nahm dann noch den Bericht des Ausschusses entgegen, genehmigte die Jahresrechnung und erteilte dem Vorstand Entlastung. Die turnusmäßig ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsmitglieder wurden wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages erledigt. Der nächstjährige soll in Hamburg tagen.

Gewerkschaftliches.

Große Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Vor kurzem ist in der Presse die außerordentliche Mitgliederzunahme im Deutschen Metallarbeiterverband festgestellt worden: von 1916 bis 1917 war eine Zunahme von 145 570 Mitgliedern zu verzeichnen. Diesem Aufschwung des Metallarbeiterverbandes reihen sich die Ergebnisse seiner Lohnbewegungen würdig an. Ganz außerordentliche Erfolge an Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Teuerungszulagen usw. sind durch diese Bewegungen erzielt worden.

Die Zahl der an den Lohnbewegungen des Metallarbeiterverbandes Beteiligten übertrifft mit 1 577 792 weit alle Vorjahre seit Gründung des Verbandes. Ein Beweis für das gewaltige Anwachsen der Frauenarbeit in der Metallindustrie sind die 470 460 an diesen Bewegungen beteiligten Arbeiterinnen. Während im Jahre 1913 nur 4,8 vom Hundert der Beteiligten Frauen gewesen sind, waren es 1917 29,8 Prozent.

Zusammen sind 1917 vom Deutschen Metallarbeiterverband 2531 Bewegungen durchgeführt worden. Davon waren 76 Angriffsstreiks, 9 Abwehrstreiks, 1 Aussperrung, 2459 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und 36 Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen. Diese Bewegungen erstreckten sich auf 463 Orte mit 7465 Betrieben die zusammen 1 920 422 Arbeiter beschäftigten, darunter 624 688 Frauen.

Die wichtigsten Forderungen dieser Lohnbewegungen waren: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Akkordpreise, sowie Teuerungszulagen. Andere Forderungen, wie Abschluß von Tarifverträgen, Regelung der Akkordarbeit, Zuschläge für Ueberzeitarbeit usw. kamen diesen Hauptforderungen gegenüber weniger in Betracht.

Die meisten Bewegungen (2475) konnten durch Verständigung auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Nur in 55 Fällen mit 49 356 Beteiligten war es notwendig durch Arbeitseinstellung den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. In 1 Fall sind dem Unternehmer 776 Arbeiter auf sechs Tage ausgesperrt worden. Mit Ausnahme von 2 Streiks mit 43 Beteiligten, die erfolglos abgebrochen wurden, endeten sämtliche Streiks und auch die Aussperrung für die Arbeiter mit vollem oder teilweisem Erfolg. Von den gesamten 2475 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 2460 mit 1 527 334 Beteiligten ganz oder teilweise erfolgreich. Nur 13 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden ohne Erfolg für die Arbeiter beendet.

Die Errungenschaften dieser Bewegungen sind der beste Beweis gegen die Auffassung, daß die Gewerkschaften im Krieg nicht so erfolgreich für ihre Mitglieder tätig sein können, wie im Frieden. Es wurde erreicht: Für 264 089 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um zusammen 903 074 Stunden die Woche, das ist für den einzelnen wöchentlich im Durchschnitt 3,52 Stunden. Für 1 171 590 Personen ist eine Erhöhung der Verdienste um zusammen 6 804 848 Mark die Woche erzielt worden, so daß auf jeden Beteiligten ein Mehrverdienst von 5.81 Mark die Woche trifft. Dann wurden für 195 037 Personen fortlaufende Kriegs- und Teuerungszulagen im Gesamtbetrage von 701 772 Mark die Woche erreicht und zudem ist in 2 Fällen für 24 100 Arbeiter eine einmalige Teuerungszulage im Betrage von 1 696 000 Mark bewilligt. Außerdem wurden in 202 Fällen Tarifverträge abgeschlossen, in 51 Fällen die Akkordarbeit geregelt, in 32 Fällen Mißstände beseitigt, in 372 Fällen Zuschläge für Ueberstunden und in 363 Fällen für Nacht- und Sonntagsarbeit durchgesetzt und schließlich wurden in 472 Fällen sonstige Verbesserungen erzielt.

Durch Abwehrbewegungen sind von den Unternehmern geplante Verschlechterungen abgewehrt worden: In 17 Fällen Lohnkürzung für 1272 Arbeiter im Betrage von 13 225 Mark die Woche, in einem Fall Tarifbruch, in 7 Fällen die Maßregelung von 8 Kollegen und in 25 Fällen sonstige Verschlechterungen.

Gegenüber der großen Zahl der durchgeführten Bewegungen sind die Ausgaben dafür recht gering. Die Kosten für sämtliche Lohnbewegungen und Streiks betrugen für den Verband 1917: 31 503 Mark. Diese verhältnismäßig geringen Kosten erklären sich aus der kurzen Dauer sämtlicher Streiks. Durch die Streiks und eine Aussperrung ist den beteiligten Arbeitern ein Verlust an Arbeitszeit von 88 239 Tagen entstanden und der Ausfall an Arbeitsverdienst betrug insgesamt 802 415 Mark.

Diese hervorragenden Erfolge der Lohnbewegungen des Metallarbeiterverbandes beweisen, wie eine starke Organisation in wirksamster Weise zum Vorteile der Arbeiter zu wirken vermag. Besonders das günstige Ergebnis bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist sehr erfreulich. Die Erhöhung der Verdienste für nahezu 1¾ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen im Gesamtbetrage von annähernd 7 Millionen Mark die Woche bieten wenigstens einen teilweisen Ausgleich für die maßlose Teuerung. Das gleiche gilt für die errungenen Teuerungszulagen. Wer will, daß auch in Zukunft der Verband in gleich erfolgreicher Weise wirken kann, der arbeite mit an der Stärkung und der Geschlossenheit der Organisation.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kunsthonig. Von Dienstag an auf Marke 192 des Warenbezugsscheins 16 jede Person ½ Pfund.

Karpfen. Dienstag früh in den einschlägigen Geschäften bei freiem Verkauf jede beliebige Menge. Es handelt sich um gesalzenen rumänischen Karpfen zum Preise von 1.90 M. pro Pfund.

Magermilch. Von Dienstag nachmittag 4 Uhr an auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins für Molkerei-Erzeugnisse bei den Milchhändlern Scharfe, Rudolf-Hahn-Straße 35, Krebs, Lerchenfeldstraße 22 und Krannis, Diesstraße 6. Jede Person ½ Liter zum Preise für 12 Pf. auf die neuen Lebensmittelscheine Nr. 14 001— 18 000. Außerdem sind diejenigen, zugelassen, die auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheins weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Quark. Am Dienstag auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstraße 26 und in der Verkaufsstelle der Nürnberger Molkerei, Brehmestraße 1 (8—12 Uhr vorm.). Jede Person ½ Pfund zum Preise von 37 Pf. Zugelassen neue Lebensmittelscheine Nr. 18 001—21 500, außerdem diejenigen, die auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheines weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Bekanntmachung.

Die Liste der in der Stadt Halle für das Steuerjahr 1918 von einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. bis einschließlich 500 M. mit dem fingierten Normalsteuersatze von 4 M. zur Einkommensteuer veranlagten Personen liegt vom 24. Juni bis zum 8. Juli 1918 in unserem Steuerbüro, Rathausstr. 1 II, Zimmer 80—85 öffentlich aus.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die an unsere Adresse zu richtende Berufung an den Herrn Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission für den Stadtkreis Halle zu.

Wir weisen darauf hin, daß die Berufungsfrist mit dem 5. August 1918 endet.

Halle, den 18. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Maurer u. Bauarbeiter

für kriegswichtigen Betrieb gesucht. Meldungen Baustelle **Beßitz** bei Können (Bahnstation).

Friedr. Knape, Halle a. S.

1299] Maurer- und Zimmergeschäft.

Zimmerleute

für kriegswichtigen Betrieb gesucht.

Friedr. Knape, Halle a. S.

1300] Maurer- und Zimmergeschäft.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Neu eingetroffen

Gummi-sohlen,

billigst für Herren und Damen [943

Herren-Absätze,

in allen Größen

Damen-Absätze,

in allen Größen von 40 Pf. an.

Gummiwaren-Haus

Gr. Ulrichstr. 35.

Als Schneidermeister

empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.

O. Heimsath & Sohn,

Steg 19.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigallenlinsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Gustav Uhlig

Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle

in vorteilhaften

Musikinstrumenten

für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte Mundharmonikas, Mandolinen, Gitarren, Wiener Zithermonikas.

Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

Bad Wittekind.

Dienstag, den 25. Juni, nachmittags 3½ Uhr

Kur-Konzert

vom [1304

Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**

Eintrittspreise: Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.

Dauerkarten sind gültig.

Mittwoch, den 26. Juni, 8 Uhr abends:

Sinfonie-Konzert.

Solist: Kammersänger **Karl Strätz.**

Die Gleichheit

Internationale russische Frauenzeitung

Nr. 8

eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Stadt-Theater

Dienstag, den 25. Juni

Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr

König für einen Tag.

Komische Oper von Adam.

Mittwoch: Mutter.

Donnerstag: Alt-Heidelberg

Freitag: Die Rose von Stambul.

Sonnabend: Troubadour.

Sonntag nachmitt.: Stützen der Gesellschaft, abends: Zigeunerbaron.

Fruchtpressen

3.75, größer 4.50

C. F. Ritter

Leipziger Str. 90.

Brennholz

Eichenreisig und Knüppel, den Zentner 3.90 Mark, in Fuhren und einzeln verkauft

Arthur Lindner,

1275] Thaluchstr. 9.

Fernsprecher 4920.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 142. Halle, Montag den 24. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 24. Juni 1918.

Die Kleiderenteignung.

Für die Rüstungsarbeiter werden eine Million Anzüge benötigt, natürlich müssen sie beschafft werden. Zu diesem Zweck aber werden Mittel angekündigt, die das stärkste Bedenken erregen müssen.

Gegen die freiwillige Sammlung von Anzügen ist natürlich nichts einzuwenden. Auch nicht gegen jede Zwangsenteignung. Es gibt zweifellos in Deutschland noch eine Anzahl Menschen, die Kleider in viel größerer Zahl besitzen, als ein normaler Bedarf dies erfordert. Vor dem Kriege brachten unsre Klatsch- und Familienblätter mitunter Zusammenstellungen über die Kleiderbestände fürstlicher Persönlichkeiten und dabei sah man mit Staunen, daß nicht wenige von diesen einige hundert, ja selbst einige tausend Anzüge bei sich aufgestapelt hatten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bestände unter dem Kriege sehr gelitten haben. Wird man aber an ihre Enteignung gehen? Bei Beurteilung dieser Frage denke man daran, wie zum Beispiel die Metallbeschlagnahme in fürstlichen Schlössern durchgeführt worden ist.

Zweifellos haben auch eine Reihe sonstiger reicher und wohlhabender Personen vor dem Krieg und auch noch während des Krieges ungeheuren Kleiderluxus getrieben. Wir alle kennen die geputzten Laffen, deren ganzes Streben in dem Ehrgeiz aufgeht, sich durch auffällige und stets wechselnde Kleidung hervorzutun.

Aber gerade diesen Modenarren hat man es bei der freiwilligen Kleiderablieferung lächerlich bequem gemacht, sich durch Hergabe eines einzigen Anzugs von weiteren Eingriffen zu befreien. Wer einen einzigen Anzug ablieferte, braucht seinen Bestand nicht anzugeben. Was aber besagt ein Anzug bei einem Manne, der 50 oder 60 Anzüge daheim hängen hat! Ist für ihn die Abgabe von 20 Anzügen nicht immerhin noch viel leichter zu ertragen, als für jemand, der vier oder fünf Anzüge hat, die Abgabe eines einzigen?

Darüber aber darf man sich nicht täuschen, daß bei der großen Menge der Bevölkerung durchaus kein Ueberfluß an Bekleidungsstücken, sondern im Gegenteil fühlbarer Mangel herrscht. Das gilt durchaus nicht nur für die Arbeiterschaft. Auch weite Kreise der Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, ja sogar solcher Leute, die man als „bessersituiert" bezeichnet, sind weniger infolge der Bezugsscheinpflicht, als infolge der enorm gestiegenen Preise seit Jahr und Tag schon nicht mehr in der Lage gewesen, ihre Garderobe zu ergänzen, und leben im wesentlichen von alten Beständen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden aber zahlreiche Beamte, Angestellte, Kleingewerbetreibende und auch Arbeiter aus andern als Rüstungsbetrieben, die in durchaus nicht guten Verhältnissen leben, mit herangezogen werden. Diesen gegenüber bedeutet eine Zwangsenteignung aber eine ungeheure Härte. Es wird kurzerhand detretiert, daß der Mensch mit einem guten und einem Werktagsanzug auszukommen habe. Ob ein solches Auskommen möglich ist, muß sehr bezweifelt werden. Im heutigen Kulturleben — es war übrigens niemals anders — stellen Kleider nicht nur ein rein technisches Mittel zur Abhaltung der Kälte, sondern ein wesentliches gesellschaftliches Mittel dar. Man mag das verwerfen, aber man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung der Erwerb und Beruf vieler Leute mit einem gewissen Kleideraufwand untrennbar verbunden ist. Der Handlungsgehilfe, der in der Joppe hinter den Ladentisch treten wollte, oder der Rayonchef, der im Warenhaus im Alltagsanzug herumliefe, sie würden von ihrem Chef unfehlbar auf die Straße gesetzt werden.

Man wird uns vielleicht einwenden: auch als Sozialisten kann es ja nur lieb sein, wenn durch den Satz „jeder Mensch braucht nur zwei Anzüge" eine gewisse Gleichheit auf diesem Gebiet herbeigeführt wird. Aber tatsächlich wird das gar nicht geschehen. Denn der Satz bedeutet nur, daß dem, der gerade noch drei Anzüge sein eigen nennt, einer weggenommen werden kann. Bedeutet er aber auch, daß dem Besitzer von zwanzig Anzügen achtzehn weggenommen werden? Wir zweifeln sehr, daß derartiges beabsichtigt ist. Oder wer glaubt daran, daß unsre Minister, Diplomaten, Bankdirektoren usw. sich künftig mit zwei Anzügen begnügen werden? Wer glaubt, daß Herr von Hertling vielleicht nächstens mit geflickten Hosen bei Hof erscheinen wird, oder daß Herr von Kühlmann zur Friedenskonferenz mit durchgestoßenen Ellbogen antritt?!

Irgendeine demokratische Gleichheit liegt also in dem System ganz und gar nicht. Man wird es uns auch nicht dadurch schmackhaft machen, daß man es als eine Maßregel zugunsten der Rüstungsarbeiter hinstellt. Will man die reichen Leute zugunsten der Rüstungsarbeiter enteignen, nun gut! Je gründlicher, desto besser. Aber andre Leute, die ebenso wie die Rüstungsarbeiter auch nur auf das Einkommen aus ihrer Arbeit angewiesen sind, verschone man mit Opfern, die sie nicht tragen können. Kein Rüstungsarbeiter wird wünschen, daß sein Bruder und Vetter, die Handlungsgehilfe oder Postschaffner sind, seinetwegen zerlumpt umherlaufen müssen.

*

Der Sozialdemokratische Verein

für Halle und den Saalkreis hielt am Sonntag vormittag im Gewerkschaftshaus zu Halle seine diesjährige Generalversammlung ab.

Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden Genossen Thiele erstattet. Die Organisation hat nunmehr ihr 29. Geschäftsjahr abgeschlossen. Das wichtigste Ereignis darin war der Beschluß der Mitgliedermehrheit, sich den Unabhängigen anzuschließen. Dieser Beschluß wurde mit allerlei Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie begründet. Aber die Tatsachen beweisen, daß unsere Politik während der bisherigen vier Kriegsjahre durchaus richtig gewesen ist, da sie viele Vorteile erreichte und noch viel mehr Nachteile verhinderte. Umgekehrt haben die Reichstagsnachwahlen bewiesen, daß die breiten Massen von der bloßen Demonstrationspolitik der Unabhängigen nichts wissen wollen, wie überhaupt die Organisationsstärke jener Abgesplitterten bei weitem nicht so groß ist, als sie glauben machen wollen. Nachdem die Trennung vollzogen war, standen Vorstand und Funktionäre einig auf dem Standpunkt, daß ohne Zweifel alle Eigentumsbefugnisse gegenüber der Organisation uns zustanden, nur waren sie in ihrer Mehrheit der Auffassung, daß vorläufig in bezug auf deren Geltendmachung eine abwartende Stellung eingenommen werden sollte. Erst die Versuche, den Genossen Herzig zu maßregeln, änderten die Sachlage und führte zu dem Kampf ums Volksblatt, der jetzt noch in der Schwebe ist. Unsere Organisation selbst ist schrittweise vorwärts gegangen, doch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die im Fahrwasser der Unabhängigen segelnden Massen über die Politik ihrer Führer stutzig zu werden beginnen, so daß sich für uns günstigere Aussichten eröffnen. Abgehalten wurden 12 Versammlungen und 30 Sitzungen. Unter den Versammlungen befinden sich 4 öffentliche, von denen die erste, im Volkspark, durch die Unabhängigen gesprengt wurde.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Drescher. Aus ihm ging ein verhältnismäßig günstiger Abschluß hervor, besonders in bezug auf die Mitgliederzahl, da nicht nur eine Anzahl alter Mitglieder zurückgewonnen, sondern auch noch eine Anzahl neuer dazu gewonnen wurde. Zur Unterstützung der Agitationsarbeit wurden ein Flugblatt und fünf Broschüren in ziemlich hoher Auflage verteilt, trotzdem dieser Art Tätigkeit jetzt große Schwierigkeiten gegenüberstehen. Das hat denn auch schon seine Wirkung ausgeübt. Denn viele von denjenigen Unabhängigen, die kurz nach der Spaltung unsere Anhänger geradezu terrorisiert haben, sind über die Richtigkeit der Unabhängigen-Politik so in Zweifel gekommen, daß in ihrem Verhalten eine Wandlung zum Besseren eingetreten ist. Im übrigen beweist auch das Verhalten des Reichsverbandes, der herrschenden Klassen, überhaupt unserer Gegner im bürgerlichen Lager, daß sie ihre gefährlichsten Gegner in der Sozialdemokratie, nicht in den Unabhängigen sehen.

Ueber die Presse berichteten Genosse Garbe für die Preßkommission und Genosse Kochanski für das Geschäft selbst, woraus sich dasselbe Bild wie bei den vorhergehenden Berichten ergab. Auch dabei wurde festgestellt, daß die Massen durchaus für die Politik der Sozialdemokratie sind, was sich daraus ergibt, daß die sozialdemokratische Presse während des einen vergangenen Jahres ihre Abonnentenzahl von 618 000 auf 794 000 erhöhte.

In der Diskussion wurden verschiedene Einzelheiten dieser Berichte noch besonders unterstrichen. Ganz allgemein kam dabei die Zufriedenheit sowohl mit dem verhältnismäßig günstigen Stand aller Parteiangelegenheiten zum Ausdruck, wie mit dem Verhalten des Vorstandes und der Presse.

Nachdem somit der Jahresbericht erledigt worden war, beschloß die Versammlung zunächst, den Mitgliedsbeitrag für männliche Mitglieder von wöchentlich 10 auf 15 Pfennige, für weibliche Mitglieder von monatlich 20 auf wöchentlich 10 Pfennige zu erhöhen. Weiterhin hieß sie alle bisher getanen und fernerhin geplanten Schritte sowohl in bezug auf die Volksblatt-Angelegenheit wie in bezug auf eine Feststellungsklage gegenüber dem Verein der Unabhängigen einstimmig gut.

Die Neuwahl des Vorstandes, der Preßkommission und Revisoren ergab die einstimmige Wiederwahl aller bisherigen Mitglieder unter Hinzuwahl einiger weiterer Genossen zur Ergänzung.

Unter anfeuernden Schlußworten des Genossen Thiele wurde die Generalversammlung geschlossen.

*

Verschärfung des Hilfsdienstes.

Das Hilfsdienstgesetz erschwert bekanntlich den Arbeitern und Angestellten den Wechsel des Arbeitsverhältnisses dadurch, daß diese innerhalb zwei Wochen nach Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis von einem neuen Unternehmer nur dann eingestellt werden dürfen, wenn sie durch einen „Abkehrschein"" nachweisen, daß er die Beschäftigung nur mit Zustimmung des (letzten) Unternehmers gelöst hat. Erhält ein Hilfsdienstpflichtiger diese Zustimmung nicht, so kann er den Schlichtungsausschuß anrufen, der nach Befinden einen Abkehrschein ausstellt. Dem Ausschuß ist nachzuweisen, daß ein wichtiger „Grund" zum Wechsel der Beschäftigung vorliegt. Ein solcher kann darin gefunden werden, daß der neue Unternehmer einen höheren Lohn zahlt. Das wird in der Regel auch schriftlich nachgewiesen verlangt.

Es wird nun hier in Halle und im Saalkreis, wie überhaupt im Regierungsbezirk Merseburg, beobachtet, daß die Unternehmer diese Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes in verschärfter Weise anwenden. So stellen viele Unternehmer Lohnbescheinigungen, aus denen hervorgeht, daß der Arbeiter bei ihnen mehr verdient als bei dem letzten Unternehmer nicht mehr aus, auch stellen sie solche Arbeiter, die länger als zwei Wochen außer Beschäftigung sind, gleichwohl ohne Abkehrschein nicht ein. Die Unternehmer sagen einfach, „sie dürfen das nicht". Nach dem Gesetz dürfen sie es sehr wohl; wenn sie trotzdem die Behauptung aufstellen, so läßt das darauf schließen, **daß die Unternehmer untereinander in ihren Verbänden entsprechende Verabredungen getroffen haben.** Unter dieser Härte haben schon viele Arbeiter in unserem Bezirke leiden müssen.

Solche Vereinbarungen, die das Fortkommen der Arbeiter in unbilliger Weise erschweren und mit den Bestimmungen und dem Geiste des Hilfsdienstgesetzes in Widerspruch stehen, finden auch die Billigung der Behörden nicht. So haben verschiedene Generalkommandos (nach einer Mitteilung des Vorwärts auch das Berliner) entsprechende Anweisungen ergehen lassen. Auch das Kriegsamt in Berlin steht auf dem Standpunkt, daß den Arbeitern weitere, über das Gesetz hinausgehende Beschränkungen nicht auferlegt werden sollen. Kommen den Arbeitern und Angestellten weitere solche Fälle zur Kenntnis, so wird es gut sein, sie dem Schlichtungsausschuß in Halle, Leipziger Straße 85, mitzuteilen.

---

* **In den Anlagen.** Die Bänke der öffentlichen Anlagen sind wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Großmütter, Mütter und Schwestern sind es, die die im Sande sich tummelnden Kleinen beaufsichtigen. Das dunkle Laubgrün der Sträucher, das zahlreiche helle Blüten aufgesteckt hat, umrahmt die einzelnen Gruppen. Die Nachmittagssonne läßt ihren warmen, tiefen Goldglanz spielen. Der umflirrt mit seinem zarten Lichtschimmer die Häupter der Kleinen und gießt seinen gelben Schein auf die abgespannten, gelben Gesichter der Sitzenden. Die verarbeiteten, hageren Finger hantieren mit Nadel und Flicken. Das Ausbessern der Wäsche und Kleidungsstücke will in diesen harten Kriegstagen kein Ende nehmen. Hier und da tröpfeln ein paar Worte: Worte über die Not des Alltags, Worte über die Angst, die so ziemlich eine jede um einen im Felde stehenden im Herzen trägt. Die Mienen haben etwas Abgestumpftes, Unbewegliches. Das jahrelange Leid hat ganze Arbeit getan. Die Augen sind glanzlos geworden, ein harter, fast verbitterter Zug hat sich um die Mundwinkel gegraben. Von Zeit zu Zeit fliegt ein prüfender, beobachtender Blick zu den kleinen Lieblingen hinüber. Die wissen wohl auch, daß Krieg ist; aber die ganze Fürchterlichkeit der Gegenwart ist den Kinderseelen doch noch nicht aufgegangen. Mit roten Bäckchen und spieleifrigen Augen wühlen sie im gelblich rinnenden Sande. Ein abgeschliffener Kiesel, den ihre kleinen Finger dabei finden, erregt ihre freudige Bewunderung. Ein Schneckenhaus wird ihnen zu einem Wertobjekt. Mit hastigen, holpernden Beinen eilen sie zur Mutter und weisen ihr das Fundstück. Die schaut für einen Augenblick von der Arbeit auf. Die Nadel entsinkt ihrer Hand. Ihre müden Finger streicheln

---

Handel und Wandel.

96] Von F. W. Hackländer.

Jetzt sind auch ein paar Damen dem Wagen entstiegen, jede hat unter jedem Arm eine große Schachtel und jede hat in jeder Hand extra eine andere Schachtel, sie stellen diese acht Schachteln auf den Boden und ziehen noch erschrecklich viel Gegenstände aus dem Licht der Laterne aus den Wagentaschen. Auf dem Sitz und unter dem Sitz haben sie Nachtsäcke, Sonn- und Regenschirme, Schals, Mäntel, Taschen und noch zwei ganz kleine Schachteln. Wenn man alle diese Gegenstände vor dem engen Wagen liegen sieht, mit den Passagieren daneben, so begreift man in der Tat nicht, wie eine solche Menge von Menschen und Effekten in einem solchen Raume Platz hatte. Beide Damen schauen sich erwartungsvoll auf dem Posthof um, und sehen betrübt, daß noch niemand für sie da ist. Sie sind nicht mehr in der ersten Jugendblüte und deshalb des Wartens schon gewöhnt. — „Gott," sagte die eine, „ich weiß in der großen Stadt keinen Weg, und wenn man uns nicht abzuholen kommt, so sind wir wahrlich in Verlegenheit."

„Ja," versetzte die andere, „sehr in Verlegenheit."

Ein Dienstmädchen kommt eilig daher und leuchtet jedem der Anwesenden mit einer großen Laterne unter die Nase, auch sie hat nicht gefunden, wen sie sucht und wartet mit ebenfalls geduldig auf die Beichsten. Die eine der alten Damen mit den vielen Schachteln seufzt und spricht zur anderen: „Habe ich doch gewiß geglaubt, das Mädchen sei zu uns geschickt! Wenn man uns nur nicht vergißt!" Der höfliche, dicke, alte Herr fühlt sich auch hier wieder berufen, ein Wort des Trostes zu spenden, indem er sagt: „Unbesorgt, meine Damen, der Eilwagen ist heute abend außergewöhnlich früh gekommen, man wird Sie nicht so bald erwarten."

Jetzt blasen in der Entfernung die Beiwagen und das Geklatsch der Peitschen schallt durch die nächtlich stillen Straßen; auf dem Posthof gerät alles in Bewegung, ja die Frau eilt mit ihrer Gesellschaft ans Tor; die erste Beichaise kommt herein, ein Wagen so groß wie der Hauptwagen, und die beiden Buben müssen von einem Postofficianten beiseite gezogen werden, denn sie bezeichnen durch ihr unbändiges Freudengeschrei, daß der erwartete Schwager im Wagen sitzt, und springen beimahe unter die Pferde. „Julius, Wilhelm!" kreischt die Mutter, „wollt ihr gleich herkommen!" — „Der Schwager!" ruft das eine der Mädchen, und dieser ruft aus dem Wagen: „Guten Abend!" Der Postillon flucht und knallt, der Hund des Kondukteurs bellt und die beiden alten Damen schreien entsetzt auf, da der ankommende Beiwagen ihre Schachtelpyramide gestreift hat und die kostbaren Stücke im Hof umherrollen. Es ist eine allgemeine Verwirrung; die Beichaisen entleeren sich ihres Inhaltes, der Schwager wird von der überglücklichen Familie, nachdem sich alle geküßt, im Triumph fortgeschleppt. Julius und Wilhelm erliegen fast unter der Last eines kolossalen Mantelsackes und einer riesenhaften Hutschachtel, die sie aber eigenhändig nach Haus schleppen zu dürfen für eine große Ehre halten.

Aehnliche Szenen wiederholen sich auf dem ganzen Posthof: hier ein herzlicher Empfang, dort ein ziemlich kühler. Die Magd mit der großen Laterne leuchtet nochmals sämtlichen Ankommenden in das Gesicht und will davoneilen. Alles hat sein Teil gefunden, bis auf die unglücklichen alten Damen, die inmitten ihrer Schachteln verzweiflungsvoll das Schlachtfeld behaupten. „Du," sagt die eine, „fragen wir die Jungfer mit der Laterne, ob sie nicht das Haus unseres Bruders weiß?" Gesagt, getan; die andere hält die Davoneilende fest und nennt den Namen ihres Bruders.

„J, du mein Gott," entgegnete das Mädchen, „das ist ja meine Herrschaft, der Herr Kanzleirat sind unwohl und haben mich abgeschickt, Sie zu holen, ich habe Sie wahrhaftig nicht gekannt." — Neues Erstaunen, seliges Entzücken! Die Magd wird mit den Effekten der beiden Damen beladen und sieht aus wie eine wandernde Schachtelhandlung; die eine der Damen trägt die Laterne, und so ziehen sie dahin, die lange Erwarteten und endlich Gefundenen. Was zurückbleibt, ist nicht der Rede wert, es sind entweder Leute, wie der höfliche, dicke, alte Herr, die weiterreisen, oder ledige Menschen, die ihre Effekten dem Hausknecht anvertrauen und im Weggehen überlegen, was sie zu Nacht speisen wollen.

Auf dem Posthof wird es leer und still, die Lichter der Wagen und die Stallaternen der Postofficianten werden ausgelöscht, die Fenster der Bureaus verfinstern sich bis auf eines, wo der wachthabende Sekretär sitzt, die Schritte der davoneilenden Passagiere verhallen allmählich in der Straße, der alte Herr mit der grauen Reisemütze steckt sich eine andere Zigarre an und klettert in den abfahrenden Wagen. Der Postillon bläst: „Noch ist Polen nicht verloren," die Uhr schlägt zehn, der Kondukteur ruft: „Fort!" und der Wagen fährt in die Nacht hinaus. —

Da stand ich denn wieder allein an meinem Erkfenster und für mich hatten die ankommenden Wagen nichts gebracht; hätte ich nur ein einziges bekanntes Gesicht gesehen! Die Großmutter, selbst der Vormund, sogar die Schmiedin wäre mir willkommen gewesen.

Mit einem tiefen Seufzer ging ich davon und so kleine Schritte ich auch machte, immer näher kam ich dem Stieglitzschen Hause. Ich hatte mich an der anderen Seite der Straße gehalten und erreichte so das offenstehende hell erleuchtete Portal des Gasthofes, der unserem Hause gegenüberlag. In der Flur desselben standen Kellner mit den Servietten auf dem Arm und Lichtern in der Hand um einen großen Haufen von Reiseeffekten, und der Oberkellner handhabte die große Glocke und rief die Nummern der Zimmer ab, welche den Gästen angewiesen wurden.

Ich starrte in das Gewühl, als plötzlich, wie ein Stern in dunkler Nacht, eine Stimme mein Ohr traf, eine tiefe Baßstimme, welche die Worte sprach: „Teuerster Hausknecht, haben Sie meinen Koffer auf, ich habe jetzt lange genug unter dem Hause gestanden." Ich trat auf den Sprecher zu und als ich seinen Namen rief, als ich sagte: „Herr Doktor Burbus!" traten mir die dicken Tränen in die Augen.

„Gott, sieh mir in allen Graden bei!" rief der Doktor, denn er war es; „lieber Freund, sind Sie es wirklich, woher des Weges in so später Nacht? Ich freue mich aber in der Tat und recht sehr, Sie zu sehen. Gehen wir hinauf."

Er legte seine Hand in die meinige und bald waren wir in seinem Zimmer angekommen. Dort nahm er mich bei den Schultern, küßte mich herzlich und blickte mir kopfschüttelnd ins Gesicht. „Teuerster Buchhalter," sagte er nach einer Pause, „hoffnungsvoller angehender Seidenfabrikant, wie geht es Ihnen? Mir scheint nicht zum besten, denn Ihr Gesicht ist blaß und verstört, und wenn ich Ihren Puls ergreife, so deutet mir sein heftiges Pochen einigermaßen auf bedeutende Gemütsbewegung." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0005

über das Blondhaar des Lieblings, der schon wieder ungeduldig zur Spielstätte zurückstrebt. Sinnend schaut die Mutter dem Davoneilenden nach. Ihr Blick hat etwas Verträumtes bekommen. Ein Fink ruft im Strauchwerk. Ein anderer antwortet ihm. Und die Sonne sinkt tiefer und tiefer. Immer länger wachsen die Schatten. Und die letzte Lichtfülle gießt tiefgelb ihr Leuchten auf Sträucher und Wege, auf Bänke und Spielplatz, auf Mütter und Kinder.

* **Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse in Halle und Umgegend** werden vom Gewerkschaftskartell zu einer Versammlung auf Mittwoch abends 8 Uhr nach dem Volkspark eingeladen. Neben einem kurzem Vortrag steht die Berichterstattung der Ausschüsse über ihre Tätigkeit auf der Tagesordnung. Allseitiges Erscheinen ist dringend erwünscht.

* **Die Kreissynode Halle-Stadt** beschäftigte sich jetzt ebenfalls mit den sittlich-sozialen Mißständen, die der Krieg hervorgerufen hat. Darüber berichtet ein bürgerliches Blatt etwas sehr summarisch: Die Vorlage des Konsistoriums stellte die Frage: „Welche besonderen Aufgaben erwachsen unseren Gemeinden in bezug auf die Wiederherstellung und Pflege des durch den Krieg vielfach geschädigten Familienlebens?“ Geheimrat Professor D. Eger zeichnete mehr grundsätzlich den Notstand in seinem Umfang und in seinen Gründen; entwickelte, welche Schäden durch die lange Trennung der Eheleute, das Fehlen des Vaters besonders für die Erziehung und die Häufung der vaterlosen Waisen entstanden waren und weiterhin drohen. Namentlich ist die Lockerung des Familienverbandes als wirtschaftliche Einheit zu beklagen; und bedenkliche Aussichten eröffnet die kommende „Jungweibernot“. Aber eine Organisation zur Pflege des Familienlebens ist ein Unding. In der Predigt, auf Familienabenden und sonst sind die Kräfte zu pflegen, die das Familienleben tragen und neu aufbauen können. Praktische Ergänzungen fügte der zweite Berichterstatter, Werkzeugmeister Kühme, hinzu, nach der sozialen und kirchlichen Seite. Im Laufe der Besprechung machte erkennbar besonderen Eindruck das Zeugnis des Syn. Geheimrat Elze über die segensreichen Wirkungen, die der Krieg doch auch für die Familien haben könne. Die bedauerliche Entartung der geschlechtlichen Sittlichkeit wurde von verschiedenen Seiten ernst beleuchtet.

* **Ueber den Saatenstand in Deutschland** wird von amtlicher Seite mitgeteilt:Die letzten Regenfälle haben, wie sich denken läßt, die allgemeinen Ernteaussichten in ganz Deutschland ganz außerordentlich günstig beeinflußt; namentlich hat sich der Stand der Hackfrüchte sehr gebessert. Auch die Wiesen und Weiden haben sich sehr günstig entwickelt. Der Regen hat sich über ganz Deutschland ziemlich gleichmäßig verbreitet und kann im allgemeinen schon jetzt als ausreichend bezeichnet werden. Auch der größte Teil des Sommergetreides hat von dem himmlischen Segen reichlich profitiert.

* **Schwindel mit Nährsalzen.** Unter dem klingenden Namen „Fürstensalz“ brachte der Kaufmann Albrecht Weichsel in Magdeburg als Nährtafelsalz eine Ware in den Handel, die sich von dem gewöhnlichen Kochsalz nur dadurch unterschied, daß das Pfund statt für 12 bis 15 Pf. mit 70 bis 80 Pf. je nach der Packung verkauft wurde. Der findige „Fürstensalz“"-Fabrikant wurde vom Schöffengericht Magdeburg zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

* **Militärurlauber in D-Zügen.** Die Weiterfahrt in D-Zügen ist den in Militär-Urlauberzügen ankommenden Urlaubern nun gestattet worden. Diese Erlaubnis beschränkt sich jedoch auf die Strecken, die Anschluß an diejenigen der Urlauberzüge haben. Es ist gestattet, diese Züge früher zu verlassen, um die gleiche Strecke mit einem D-Zuge zurückzulegen. Aus dem Westen beurlaubte Militärpersonen dürfen nur vom Aussteigebahnhof, auf dem sie den Urlauberzug rechtmäßig verlassen, bis zum Zielbahnhof ihrer Reise jeden Zug, also auch D-Züge, benutzen, ohne daß die Benutzungsberechtigung besonders auf den Fahrscheinen angegeben sein muß.

* **Anmeldung zur Landsturmrolle.** Diejenigen Wehrpflichtigen, die bis einschließlich 30. Juni das 17. Lebensjahr vollendet haben, werden aufgefordert, die Anmeldungen zur Landsturmrolle — soweit dies noch nicht geschehen ist — in der Zeit vom 2. bis 6. Juli von 10 bis 1 Uhr vormittags im Stadthaus (Schmeerstraße Nr. 1) Zimmer 18 zu bewirken. Die nicht in Halle oder in den eingemeindeten Vororten (Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz) geborenen Wehrpflichtigen haben bei der Anmeldung einen standesamtlichen Geburtsschein (nicht Taufschein), der zu diesem Zwecke kostenlos erteilt wird, vorzulegen. Für die in Halle oder in den früheren Wohnorten Geborenen genügt jeder andre amtliche Ausweis, wie Invalidenkarte, Arbeitsbuch, Schulzeugnis. Die Unterlassung der Anmeldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

* **Vortrag über das Konservieren von Obst und Gemüse.** Wie kochen die Hausfrauen in der zuckerarmen Kriegszeit am besten Obst und Gemüse ein? Hierüber, sowie auch über die besten Verschlüsse von Büchsen und Gläsern wird ein Vortrag belehren, der im Halleschen Hausfrauenbund am heutigen Montag, abends 8 Uhr in St. Nikolaus gehalten wird. Er sei allen unseren Hausfrauen empfohlen.

* **Rezeptzwang für baumwollene Verbandswatte.** Durch Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle ist mit Wirkung vom 9. Juni an auch für baumwollene Verbandswatte der Rezeptzwang eingeführt worden. Die Verkäufer werden deshalb gewarnt, baumwollene Verbandswatte ohne ärztliche Verordnung abzugeben, da sie sich sonst strafbar machen.

* **Nähgarn für Brennesseln.** Die Nessel-Anbaugesellschaft, Berlin W 8, gibt allen Sammlern von Brennesseln, die zehn Kilo trockner Stengel durch den Vertrauensmann der Gesellschaft abliefern, außer dem Sammellohn ein Wickel schwarzes oder weißes Nähgarn aus Brennesselmischgarn.

* **Bei der behördlichen Prüfung der Gestehungs- oder Erwerbskosten,** namentlich von Gegenständen des täglichen Bedarfs, ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Gewerbetreibende erklärten, die hierzu erforderlichen schriftlichen Unterlagen nicht zu besitzen, weil das Kauf- oder Tauschgeschäft mündlich abgeschlossen worden sei. Einem solchen Verfahren, das gegen die allgemeinen kaufmännischen Grundsätze verstößt, muß die Absicht zugrunde gelegt werden, den Tatbestand zu verdunkeln. Das Kriegsernährungsamt hat daher kürzlich entschieden, daß ein Händler, der seinen Ein- und Verkauf nicht nachzuweisen vermag, in den jetzigen Zeiten zum Handel nicht geeignet ist und deshalb hiervon ausgeschlossen werden muß. Es liegt sonach im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden, alle Käufe und Verkäufe schriftlich abzuschließen.

* **Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung in Alimentationssachen** hat kürzlichdas Amtsgericht Berlin-Mitte durch den bekannten Berliner Amtsgerichtsrat Geheimen Justizrat Professor Dr. Heilfron gefällt. Ein unehelicher Vater hatte sich vor dem Vormundschaftsgericht mit dessen Genehmigung mit dem Vormunde des Kindes über Monatszahlungen von 20 Mark Alimente geeinigt. Auf Veranlassung des Vormundschaftsrichters strengte der Vormund vor dem Prozeßgericht gegen den unehelichen Vater eine Klage zwecks Erhöhung der Alimente auf 50 Mark an mit der Begründung, der höhere Satz sei bei der Teuerung infolge des Krieges angemessen und werde gegenwärtig den unehelichen Kindern allgemein zugesprochen. Der Verteidiger des Beklagten führte demgegenüber aus, die Vereinbarung vor dem Vormundschaftsgericht stelle einen Vergleich dar, der nach den gesetzlichen Bestimmungen zugunsten des Vaters unabänderlich sei, wenn dies zu Härten für das Kind führen sollte ebenso wie anderseits zum Nachteil des Vaters eine bereits gezahlte Abfindungssumme im Falle des frühzeitigen Todes des Kindes nicht zurückgefordert werden könne. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen mit dem Hinweis darauf an, daß eine Erhöhung nur im Falle einer früheren Verurteilung zu Alimenten, nicht aber bei einem Vergleich hierüber Platz greifen könne, weil eine den prozeßrechtlichen Vorschriften entsprechende Bestimmung zwecks Erhöhung wiederkehrender Leistungen unter veränderten Verhältnissen in das Bürgerliche Gesetzbuch nicht aufgenommen sei. — Daraus ist allgemein zu folgern, daß auch in allen sonstigen Fällen bei vertraglicher Regelung der Unterhaltspflicht, insbesondere auch nach erfolgter Ehescheidung, eine Erhöhung der Beträge infolge der Kriegsteuerung im Klagewege nicht erzwungen werden kann. Es sind danach alle diejenigen, die sich vor dem Kriege gütlich über den Unterhalt geeinigt haben, gegenüber den durch gerichtliche Entscheidung Verurteilten ganz erheblich günstiger gestellt.

* **Die Unsitte des Gräserkauens** kann die Ursache zu der zwar seltenen, aber äußerst gefährlichen Strahlenpilzerkrankung geben. Die Eingangspforte des giftigen Pilzes, der auf Gräsern, besonders auf der Gerste sich vorfindet, ist hauptsächlich die Schleimhaut des Mundes; seltener die Lunge und der Darm. Durch Kauen der Gräser spießen die Grannen die Schleimhaut an und geben Veranlassung zu Entzündungen. Im Gesicht, in der Nähe der Kiefer und am Halse bilden sich feste, rötliche, meist schmerzlose Schwellungen. Von diesen Entzündungsherden aus pflanzt sich die Erkrankung leicht auf andere Organe fort. Zur Verhütung kläre man besonders die Jugend auf und warne davor, alles Mögliche in den Mund zu stecken und Gräser und Blüten zu zerkauen.

* **Soziale Fürsorge in Halle.** Der Verein für Volkswohl hat auch während seines Geschäftsjahres 1917/18 eine umfangreiche Tätigkeit ausgeübt. Die Benutzung der Volksbibliothek zeigt eine erfreuliche Steigerung in der Zahl der entliehenen Bücher von 124 141 auf 128 942, während in der Lesehalle die Zahl der Besucher von 67 315 auf 40 268 sank. In der Abteilung gegen Verarmung und Bettelei ist die Summe der Unterstützungen von 1582 M. auf 1160 M. zurückgegangen, weil durch die vielseitige sonstige öffentliche und private Kriegsunterstützung die Hilfe des Vereins weniger in Anspruch genommen wurde. Die Ferienkolonien konnten nur in Güntersberge und in Siptenfelde aufgenommen werden. Daneben sind aber Einzelgruppen von Knaben und Mädchen auf je acht Wochen mit sehr günstigem Erfolge in Güntersberge verpflegt worden. Trotz der gewaltig gestiegenen Preise und der Schwierigkeit der Herbeischaffung von Lebensmitteln hat die Volksküche ohne Steigerung des Verkaufspreises (25 Pf. für ein ganzes, 15 Pf. für ein halbes Liter) dem Andrang der Abnehmer voll genügen können. Es sind 11 699 ganze Mahlzeiten (Vorjahr 8728) und 186 563 halbe (Vorjahr 232 011), 1503 ganze Anweisungen (Vorjahr 6198), 97 halbe (Vorjahr 576) geliefert worden. Ebenso ist auch die Benutzung der Volkskaffeehallen sehr stark gewesen, wenn sie auch naturgemäß etwas zurückgegangen ist (239 090 Becher gegen 312 366 im Vorjahr und 101 798 Brötchen gegen 106 744 im Vorjahr). Der Betrieb der Jugend- und Volksspiele ist atrotz des Krieges voll aufrecht erhalten worden. Die Abteilung Berufsberatung hat neben ihren ursprünglichen Aufgaben (Berufsberatung der abgehenden Schulkinder und einige Elternabende) besonders in der Berufsberatung der Kriegsbeschädigten ihre Mitarbeit geleistet. Die beiden Krippen sind wieder erheblich mehr in Anspruch genommen worden: Die Gesamtzahl der Verpflegungstage betrug 16 583 gegen 13 725 im Vorjahre.

* **Ausbildung von Säuglingspflegerinnen in Halle.** Das Säuglingsheim des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft ist staatliche Säuglingspflegerinnen-Ausbildungsstelle. Am 1. Oktober beginnt ein neuer Kurs, der mit einer staatlichen Prüfung abschließt. Die Nachfrage nach Säuglingspflegerinnen ist derartig groß, daß die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Es gibt für Mädchen nicht viele Berufe, die so passend und aussichtsreich sind, wie gerade der der Säuglingspflegerin. Auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21 sind die Bedingungen des Eintritts als Säuglingspflegerin in das Säuglingsheim des Bundes zu beziehen.

* **Das Tragen ungeschützter Hutnadeln** ist durch Polizeiverordnung verboten, Zuwiderhandlungen sind unter Strafe gestellt. Aber trotz wiederholter amtlicher Hinweise in den Zeitungen wird fortgesetzt von der Frauenwelt gegen diese Bestimmung verstoßen. Die Unsitte macht sich besonders in den Straßenbahnwagen bemerkbar; hier können durch ungeschützte Hutnadeln mitfahrende Personen leicht erheblich verletzt werden. Die Polizeiverwaltung warnt daher nochmals vor Uebertretungen der Verordnung. Die Exekutivbeamten sind angewiesen, in Zukunft unnachsichtlich Verstöße zur Anzeige zu bringen. Bestrafungen werden in jedem Uebertretungsfalle erfolgen. In den Straßenbahnwagen werden Beamte besonders scharfe Kontrolle üben. In gleicher Weise soll künftig gegen das unbefugte Befahren der Bürgersteige mit Hand- und Kinderwagen eingeschritten werden.

* **Der Preisrätselunfug,** der sich schon vor dem Kriege breit gemacht hat, blüht seit einiger Zeit in bedenklicher Weise wieder auf. Irgend eine, meist unbekannte Firma veröffentlicht unter hochtrabenden Versprechen ein Preisrätsel, dessen Lösung schon auf den ersten Blick jedermann in die Augen springt. Der Zweck dieser Preisrätsel ist natürlich kein anderer, als die Bevölkerung in mehr oder minder unzulässiger Weise auszubeuten, zumal einige solche Firmen weder durch die Lösung des Preisrätsels gewonnenen Reklamegeschenke noch die gegen Voreinsendung des Betrags mitbestellten Gegenstände rechtzeitig und in gutem Zustande liefern. Die Bevölkerung wird daher vor diesem Preisrätselunfug gewarnt. Sie möge zweifelhaften Firmen nicht immerhin ganz beträchtliche Summen zuwenden, die in den jetzigen teuren Zeiten besser und nützlicher angelegt werden können.

* **Schwurgericht.** In der am 24. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung: 1. gegen den Maler Alwin Schmidt und dessen Ehefrau Anna Schmidt geb. Ende wegen schwerer Urkundenfälschung; 2. gegen den Stallgehilfen Hermann Lemme wegen schwerer Urkundenfälschung; 3. gegen die Frau Frieda Scheide geb. Büchner wegen Meineids in zwei Fällen; 4. gegen die Frau Anna Glöckner geb. Witzel wegen Meineid; 5. gegen die Frau E. Apel geb. Knierstedt, Frau Emilie Grunert geb. Knierstedt, Frau Klara Richter geb. Lange wegen Abtreibun gund Beihilfe dazu.

Aus der Provinz.

Warnung vor Felddiebstählen.

Die Felddiebstähle nehmen jetzt mit dem Beginn der Reifezeit und doch zugleich der Zeit großer Knappheit sehr bedenklich zu. Aus diesem Anlaß sei daran erinnert, daß der stellv. Kommandierende General bereits im vorigen Jahre folgende Verfügung erlassen hat:

Täglich mehren sich die Klagen aus Stadt und Land über die besorgniserregende Zunahme von Diebstählen an Früchten des Feldes und des Gartens. In weiten Bevölkerungsschichten schwindet das Gefühl vor dem Sittlich-notwendigen und die Achtung vor der Unverletzlichkeit des Eigentums. In keinem Verhältnis steht meistens der geringe persönliche Vorteil des Täters zu dem unermeßlichen Schaden der Gesamtheit, den diese durch dieses eigennützige Treiben erleidet. Harte Zeiten heischen harte Mittel; die für den Feld- und Forstdiebstahl bestehenden Strafen erscheinen deshalb zu milde. Das Interesse der öffentlichen Sicherheit fordert Strafandrohungen, die durch ihre Höhe den Eigennützigen in Schranken halten.

Deshalb verordne ich auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetze vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und nur beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen:

1. Wer Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Weinbergen, Obstanlagen, Baumschulen, Saatkämpen von Aeckern, Wiesen, Weiden, Plätzen, Gewässern, Wegen oder Gräben entwendet.
2. Wer in der Dunkelheit, d. h. in der Zeit zwischen einer Stunde nach kalendermäßigem Sonnenuntergang und einer Stunde vor kalendermäßigem Sonnenaufgang außerhalb der öffentlichen Straßen und Wege, Feldmarken, Forsten oder Wälder betritt, ohne besondere ortspolizeiliche Genehmigung.

Auf die im übrigen innerhalb der gesetzlichen Grenzen sich haltende Ausübung der Jagd und Fischerei sowie auf die in Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse befindlichen Beamten findet diese Vorschrift keine Anwendung.

*

Wie im Kriege gewuchert wird.

Wenn Gemüse auf dem Markte fehlt, rufen Erzeuger und Händler in schöner Uebereinstimmung: Die Höchstpreise sind daran schuld! Denn erstens sind sie überhaupt ein Uebel, zweitens sind sie viel zu niedrig. Die Behörden werden dann sehr nachgiebig und erhöhen. Welche guten Geschäfte aber in diesem Jahre trotz der „niedrigen“ Höchstpreise mit Gemüse gemacht wurden, das zeigen folgende Beispiele.

In Rheinhessen haben einzelne Gemeinden schon 3 bis 4 Wochen vor Schluß der Spargelernte 400 000 bis 500 000 M. aus dem Spargel erlöst! Das Verschwinden des Rharbarbers nach Festsetzung der Höchstpreise wurde damit erklärt, daß die Erzeugerpreise viel zu niedrig seien. Dabei hat aber ein einziger Gemüsebauer in Osterburg, Bezirk Magdeburg, allein für Rhabarberstiele in diesem Frühjahr 15 000 M. eingenommen! Wenn keine Höchstpreise festgesetzt würden, wäre es eben noch schöner für Erzeuger und Händler.

In welch munterem Tempo und zu welch schöner Höhe die Preise steigen, wenn die unangenehmen Höchstpreise nicht bestehen und der Handel in seiner Freiheit nicht behindert würde, das wurde bei einer Gerichtsverhandlung in Erfurt offenbar. Ein blinder Bürstenmacher war wegen übermäßiger Preisforderung angeklagt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ein Pfund Fiber (Faserstoff, der zur Bürstenfabrikation gebraucht wird) in Friedenszeit 30 Pfennig gekostet hat. Heute ist der Preis auf 30 Mark gestiegen. Hier gab es keine Höchstpreisgrenze, die Steigerung ist deshalb sehr solid.

Wenn Gemüse und andre Lebensmittel ebenfalls hundertmal teurer wären als im Frieden, das wäre doch fein. Ein Pfund Rhabarber kostete dann etwa 6 M., ein Pfund Spargel 50 bis 60 M. Andre Nahrungsmittel wären bestimmt noch teurer, weil die Nachfrage größer ist. Also den freien Handel herbei, damit endlich richtig verdient wird!

Merseburg. Erhöhung der Brotpreise! Am Mittwoch waren die Bäckermeister aus den Stadt- und Landkreisen Weißenfels, Naumburg, Querfurt und Merseburg im Neuen Schützenhaus versammelt, um über die künftigen Brotpreise zu beraten. Nach eingehender Beratung kam man einmütig zu dem Entschluß, den Brotpreis pro Pfund um 3 Pf. höher festzusetzen als der Mehlpreis ist. Damit werde den Bäckern ein einigermaßen mäßiger Verdienst gesichert, der notwendig sei, um das schwer um seine Existenz kämpfende Gewerbe auch weiter zu erhalten.

— Ueberflüssiges Fleisch aus Hausschlachtungen abgeben. Vom Landrat wird abermals darauf hingewiesen, daß alle diejenigen, die entgegen der Aufforderungen der Kreisfleischstelle und den gesetzlichen Vorschriften zuwider nicht das zuviel eingeschlachtete Fleisch abgegeben haben, im nächsten Wirtschaftsjahr die Schlachterlaubnis erst nach Ablauf der Zeit erhalten, in der sie noch mit den widerrechtlich zurückgehaltenen Fleischvorräten versorgt sind. In vielen Fällen werden daher die Säumigen überhaupt keine Schlachterlaubnis erhalten können. Um dem zu entgehen, können die überschüssigen Fleischmengen noch bis zum 30. Juni abgegeben werden. Wer bis dahin noch abliefert, entgeht dem hier angedrohten Nachteil.

Weißenfels. Der Kommerzien- und Stadtrat Paul Gürth ist nach längerem Leiden im Alter von 52 Jahren gestorben. Er stand schon längere Jahre in ärztlicher Behandlung. Der große Brand in der Brauerei im Frühjahr dieses Jahres hat das Leiden anscheinend erheblich verschlimmert. Ueber ihn wird von bürgerlicher Seite gesagt: Der Magistrat verliert in ihm einen langjährigen treuen Mitarbeiter. Besonders aufmerksame Förderung verdankt ihm neben dem Verschönerungsverein das städtische Museum, für dessen wertvolle Erwerbungen er nicht nur größte Aufmerksamkeit, sondern auch immer eine offene Hand hatte.

Zeitz. Die Fleischversorgung beschäftigte jetzt den hiesigen Innungsausschuß. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden teilte der Obermeister Büttner mit, daß demnächst fleischlose Wochen (im Monat eine) eingeführt werden müssen, damit der Landwirtschaft das notwendige Milchvieh erhalten bleibt. Ueber die Regelung der Fleischversorgung in Zeitz deutete Herr Büttner an, daß die Behandlung der Fleischer durch die Stadt bedeutend ungünstiger sei als anderswo. Die Stadt verdiene dabei sehr bedeutend, so daß es wohl möglich sei, den Verdienst der Fleischer zu erhöhen oder das Fleisch billiger zu berechnen. Herr Stadtrat Dr. Drenkluft erklärte, daß der Verdienst der Stadt der Bevölkerung wieder zugute komme, da hierdurch andere Lebensmittel billiger geliefert werden. Auf einen weiteren Einwand des Stadtrates erklärte Herr Büttner, daß die Fleischer mit der Schlachtung durch die Stadt einverstanden gewesen seien, dagegen sei es gegen ihren Willen gewesen, daß auch die Stadt das Wurstmachen übernommen und damit das Handwerk ganz ausgeschaltet habe. In anderen Städten sei wenigstens das Wurstmachen den Fleischern geblieben.

Bitterfeld. Die Ausgabe der Brotzusatzkarten an die hier wohnhaften Schwerarbeiter hat eine Neugestaltung dahin erfahren, daß die Zusatzkarten in Zukunft nicht mehr an die Arbeitgeber, sondern an die Arbeitnehmer selbst verabfolgt werden. Die Zusatzkarten können nur gegen Vorzeigung der vom Magistrat genehmten Antragskarten in Empfang genommen werden. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats wurden die Brotzusatzkarten für die laufende Woche zum erstenmale bereits am Sonnabend im Döringschen Konzerthause verabfolgt. Da die Neuregelung noch nicht völlig durchgeführt ist, empfingen diejenigen Personen, die noch nicht im Besitze der genehmigten Antragskarten sind, ihre Zusatzkarten noch in der bisherigen Weise durch den Arbeitgeber, was hauptsächlich bei den hiesigen größeren Werken der Fall war. Um einem unnötigen Andrang bei der Ausgabe vorzubeugen, hat die Abholung der Karten durch eine Person für ein Hausgrundstück zusammen zu erfolgen.

Bitterfeld. Kundenwechsel zum 1. Juli. Der Magistrat bringt in Erinnerung, daß diejenigen Bürger, die mit ihren Kaufmann aus irgendeinem Grunde wechseln wollen, dies am 1. Juli vornehmen können. In diesem Falle hat die Abmeldung am 1. oder 2. Juli zu geschehen. Der Geschäftsmann hat auf dem Brotschein zu vermerken: „In der Kundenliste gestrichen,“ Name und Datum. Die Neuanmeldung bei einem anderen Geschäftsmann hat bis zum 2. Juli abends zu erfolgen; dieser vermerkt auf dem Brotschein: „In die Kundenliste eingetragen,“ Name und Datum. Die Geschäftsleute werden ersucht, ihre Kundenliste nach Straßen und Hausnummern geordnet neu aufzustellen und die Kundenzahl bis spätestens 5. Juli dem Lebensmittelamt zu melden.

Wittenberg. Bestrafte Diebereien. Auf die Anklage, in den Jahren 1915 bis 1918 von seiner Arbeitsstätte, den Sprengstoffwerken in Reinsdorf, eine große Menge der verschiedensten Gegenstände (Blei, Karbid, Oel, Zünder, Anzüge, Draht, elektrische Birnen usw.), sowie weiter auf der Eisenbahnfahrt zwischen Reinsdorf und Zerbst aus verschiedenen Eisenbahnwagen die Lederriemen in den Abteilen abgeschnitten und gestohlen zu haben, mußte sich vor dem Schöffengericht der jetzt in Zerbst wohnhafte Arbeiter Friedrich Pfarr verantworten. Dieser behauptete, daß er Karbid, Oel, Bleirohre, Blei, Hafer und Roggen gekauft und die Lederriemen bei Kliefen in einem Brombeerbusch gefunden habe. Da er aber den Beweis für den rechtmäßigen Erwerb verschiedener Sachen nicht erbringen konnte, wurde er des Diebstahls für überführt erachtet und in Anbetracht des groben Vertrauensbruches und seiner Vorstrafen unter Kostenlast mit sechs Monaten Gefängnis bestraft.

Sangerhausen. Die Wohnungsnot wird sehr vortrefflich dadurch illustriert, daß sich die Sangerhäuser Zeitung veranlaßt sieht, in ihrem redaktionellen Teil folgende „Oeffentliche Bitte“ auszusprechen: Eine Familie mit sechs Kindern muß am 1. Juli ausziehen und findet der Kinder wegen keine Wohnung. Gefragte Hausbesitzer erklären, sie müßten auf Mieter mit sechs Kindern verzichten, da es zu viel Geräusch gebe und dergleichen. Die Kinder sind im Haus sehr ruhig. Da die Bestrebungen zur Volksvermehrung gerade jetzt überall im Gange sind, wäre es doch sehr wesentlich, daß kinderreiche Familien auch das nötigste, eine Wohnung, finden. Sollte jemand gewillt sein, die Familie aufzunehmen (der Mann ist ein mittlerer Beamter), steht die Adresse bei uns zur Verfügung. Wir erbitten aber schriftliche Angebote an die Redaktion möglichst bald!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180624-10/fragment/page=0006